

Dpc

Dpc

70

März/April '98
13. Jahrgang
DM 3,00

Antifaz

Zeitung gegen Rassismus,
Faschismus und Imperialismus

Titelthema:

30. Januar - nicht nur
ein Gedenktag

Weitere Themen:

Antifa:

•Zu Fragen der
Antifabewegung

•Antifa-Festival Marl

Militär:

•Wehrmacht Vorbild der
Bundeswehr ? Teil 4

Internationales:

•Mahnwache für kurdische
Flüchtlinge

•Newrozfest 1998



Adolf Hitler in Bochum (am 24.07.1932)

Inhalt

3 Editorial

Berichte

- 4 Veranstaltung zum 30. Januar in der Dortmunder Steinwache
- 6 Demonstration gegen das Nationale Infotelefon Rheinland
- 7 Berlin unter roten Fahnen - LLL Demo in Berlin
- 8 Verhör- und Prügelzentrum der SA in Herten
- 9 Antifa-Festival im Marler Schacht 8
- 12 Zwei Jahre nach dem Mordbarnd in Lübeck - Demonstration
- 17 Mahnwache zur Solidarität mit den Flüchtlingen
- 18 Antifaschistische Demonstration zum Gedenken an Frank Böttcher
- 19 Demonstration gegen Nazimusikversand in Nierdersprockhövel
- 22 Wehrmacht: Vorbild der Bundeswehr? Teil 4
- 29 Freunde und Helfer schützen modernes Sklaventum

Stellungnahme

- 30 Fornsik in Aplerbeck.
- 32 Zu einigen Fragen der antifaschistischen Bewegung

Dokumentationen

- 28 Eine Auflistung der DFG/VK über rechtsextreme Vorfälle bei der Bundeswehr

Material

- A Mein Freund Oskar (Erlebnsbericht aus Sachsenhausen von Heinz Junge, Teil 2)
- D Hitlerrede beim Düsseldorfer Industrieklub 1932

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/ dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der / dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/ dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnements-Bedingungen:

Einzel-Abonnement/Jahr: 27,-DM

Förder-Abonnement/ Jahr ab 30 DM

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM	Breite	Höhe	DM
5,5cm	<6cm	<60,-	5,5 cm	24 cm	120,-
5,5cm	8 - 11cm	60,-	7,7cm	24cm	150,-
10,5cm	8 - 6	75,-	16cm	12cm	150,-

AntifaZ

Die AntifaZ ist die Zeitschrift des AFB Ruhrgebiet. Sie erscheint alle zwei Monate. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch

Oerweg 28

45657 Recklinghausen

Tel.: 02361/ 26345

Redaktionsanschrift:

Antifa-Zentrum

Hemer Str. 43

45657 Recklinghausen

Tel./Fax: 02361/21686

Redaktionssitzung

montags, ab 20 Uhr.

Abonnenten- und Anzeigenkonto:

BLZ: 430 500 01

Kto.-Nr.: 334 01 027

Stichwort: AntifaZ

Sparkasse Bochum

Auflage: 1000

Druck: Emek Essen

Redaktionsschluß für Nr. 71: 25.4.98

EDITORIAL

Der 30. Januar, Jahrestag der Machtübertragung an die Hitlerfaschisten, bildet das Titelthema dieser Ausgabe.

Die Monate Januar und Februar waren von einer deutlichen **antifaschistischen Offensive** geprägt, die sich in einer Vielzahl von Veranstaltungen und Demonstrationen niederschlug,

Mitglieder unserer Organisation, des **AFB Ruhrgebiet**, haben an einer ganzen Reihe dieser Veranstaltungen teilgenommen, wodurch wir uns ein relativ differenziertes Bild von antifaschistischer Politik und Organisation an anderen Orten verschaffen konnten.

Auf diesem Hintergrund ist festzustellen, dass es in unserer Arbeit offensichtlich eine Phase der Orientierung und erneuten **Diskussion antifaschistischer Ziele und Aktionsformen** gibt.

Das ist begrüßenswert, und wir wollen uns an diesen Diskussionen mit einer Reihe von Artikeln beteiligen. In dieser Ausgabe nimmt **Stephan W. Born "Zu einigen Fragen der antifaschistischen Bewegung"** Stellung.

Angesichts des breiten Demokratieabbaus durch Staat und Regierung dieses Landes steht antifaschistische Politik vor einer Bewährungsprobe.

Nicht zuletzt das Verbot der ersten Saalfeld-Demo hat deutlich gemacht, dass dieser Staat dazu übergeht, partiell die Taktik der Faschisten zu übernehmen: Antifaschismus soll als undemokratisch und kriminell diffamiert und unterdrückt, faschistische und rassistische Positionen weiter hoffähig gemacht werden.

Zwar ist das Vorgehen von Staat und Polizei (noch) nicht vereinheitlicht, aber die Tendenz ist klar erkennbar.

Verabschiedung des **"Großen Lauschangriffs"**, verschärfte Polizeimaßnahmen gegen eine angeblich wachsende Kriminalität sowie schärferes Vorgehen gegen Asylsuchende, rigorose Abschiebungen, selbst in den Kosovo, bilden dabei ein Netz von aufeinander abgestimmten Maßnahmen, die demokratische Positionen einschränken und rassistische und faschistische Positionen in breiteren Teilen der Bevölkerung hoffähig machen sollen.

Klar, dass hier CDU und SPD am gleichen Strang ziehen, erschreckend aber, dass auch die ehemals als "Alternative" angetretenen Grünen inzwischen in fast allen Fragen 'mit den Wölfen heulen'.

Dieser Entwicklung müssen wir durch eigene Anstrengungen entgegenwirken - traditionelle antifaschistische Bündnisse bestehen an vielen Orten so gut wie nicht mehr, also gilt es, vor allem in der Bevölkerung und insbesondere unter Jugendlichen neue Kräfte für antifaschistische Arbeit zu gewinnen.

Ein Versuch in diese Richtung war für uns das **"Antifa-Festival"** am 28. Februar im Marler "Schacht 8", das von gut 300 Leuten besucht wurde.

Die dabei geknüpften freundschaftlichen Beziehungen zu den teilnehmenden Bands, vor allem zu der Wittener Gruppe **"Sons of Gastarbeit"** werden hoffentlich in Zukunft ausgebaut und bringen neue Möglichkeiten antifaschistischer Kulturarbeit hervor.

Leider waren wir durch die Bearbeitung der Vielzahl von Berichten kräftemäßig nicht in der Lage, über den Widerstand gegen die **Castor-Transporte** zu schreiben, obwohl sich zahlreiche AntifaschistInnen mit großer Energie an den unterschiedlichsten Aktionen beteiligten.

Auch über Veranstaltungen ausländischer Freunde steht in dieser Ausgabe nur wenig, wir rufen zur Unterstützung der kurdischen Aktionen zum diesjährigen **Newrozfest (21. März)** auf.

Selbstverständlich wird die Reihe über die **"Wehrmacht - Vorbild der Bundeswehr?"** mit dem Teil 4 fortgesetzt. Am dritten Teil hat es von einigen Münsteraner Freunden Kritik gegeben, leider liegt uns der angekündigte LeserInnenbrief nicht vor, so dass wir wohl erst in der kommenden Ausgabe auf diese Kritik eingehen werden.

Mit einem Beitrag von Birgit Unger aus Dortmund gehen wir erneut auf das Thema **"Forensik"** ein, ebenfalls ein Gebiet, das von rechten Kräften aller Couleur für inhumane Forderungen wie die nach der "Todesstrafe" genutzt wird.

Was sonst noch alles in dieser Ausgabe steht und an dieser Stelle keine Erwähnung findet, Ihr findet im Inhaltsverzeichnis.

Für die Redaktion

WT

VERANSTALTUNG ZUM 30. JANUAR IN DER DORTMUNDER STEINWACHE



Knapp 60 Menschen, überwiegend türkische KollegInnen, fanden sich am 31. Januar in den Räumen der Dortmunder Steinwache zu einer Gedenkveranstaltung an die Tage des faschistischen Machtantritts am 30. Januar 1933 ein. Die "Steinwache" war eine berühmte Dortmunder Polizeiwache, in die nach der Machtübertragung an die Nazis die ersten festgenommenen AntifaschistInnen eingeliefert wurden.

Heinz Junge hielt ein ausführliches Referat, zwischendurch wurden die Räume und die darin untergebrachte Ausstellung besichtigt.

Heinz berichtete aus seinen ganz persönlichen Erfahrungen. Sein Vater war aus dem 1. Weltkrieg als Kriegsverletzter zurückgekehrt, was damals seine Mutter dem jungen Heinz mit folgenden Worten erklärte: "Das haben die Kapitalisten mit deinem Vater gemacht!"

Seine ersten politischen Erfahrungen machte er in der Weimarer Republik, als halb-militärische Verbände, zum Teil kaiser-treu, zum Teil von den Nazis organisiert, gewaltsam gegen die Arbeiterbewegung vorgingen. Bei einer Demonstration gegen den wachsenden Militarismus knüppelte die "demokratische" Dortmunder Polizei auf Demonstranten ein. Die Arbeitslosigkeit wuchs rapide - vielen Arbeiterfamilien ging es so dreckig, dass sie selbst für neue

Schuhsohlen für die Kinder Anträge auf dem Sozialamt einreichen mußten. So wurden die Kinder schon in jungen Jahren politisiert. Die politische Kraft der Arbeiterbewegung nahm zu, und die Fabrikbesitzer bekamen es mit der Angst zu tun. Sie hielten Ausschau nach einer Kraft, die ihre Herrschaft absichern konnte - da kamen ihnen die Nazis gerade recht. Die Hitlerpartei präsentierten ein Programm, das die Interessen der Kapitalisten berücksichtigte.

Am 27. Januar hielt Hitler von den führenden deutschen Industriellen im Düsseldorfer Industrieklub eine Rede und erläuterte seine Ziele. Vorher waren sich die Monopolherren nicht einig in der Unterstützung Hitlers - manche waren der Meinung, dass seine Politik

abenteuerlich' und nicht berechenbar sei. Nach dem Düsseldorfer Treffen waren diese Bedenken beseitigt.

Hitler stellte sich in aller Deutlichkeit gegen die "demokratische Republik". Er war zwar parlamentarisch gewählt, hatte aber keine Mehrheit für eine Wahl zum Reichskanzler. Somit wurde er am 30. Januar von Hindenburg zum Reichskanzler "ernannt". Um dies im Nachhinein "demokratisch" zu legitimieren, löste er den Reichstag auf und schrieb für den 5. März Neuwahlen aus - obwohl klar war, dass die Nazis bei den Wahlen keine Mehrheit erringen würden.

Die Nazis verstärkten den Straßenterror gegen die Arbeiterbewegung.

Schon am 30. Januar waren SA und SS zur Hilfspolizei gemacht worden. Hitler brauchte aber eine spektakuläre Provokation, um den Terror noch weiter verschärfen zu können.

Mit dem Reichstagsbrand vom 27./28. Februar schufen die Nazis den gewünschten Vorfall.

"Die Kommunisten haben den Reichstag angezündet" hieß in auf den Nazi-Plakaten - das war der Beginn eines systematischen Terrors gegen die Arbeiterbewegung.

Entgegen mancher Behauptungen ist heute klar erwiesen, dass der Brand vom Berliner "Maukowsky"-Sturm der SA gelegt wurde (Vom Inneministerium Görings führte ein unterirdischer Gang zum Reichstag, den die SA benutzte). Schon kurz danach gab ein in die Schweiz geflüchteter SA-Mann detaillierte Informationen, er wurde später von den Nazis entführt und umgebracht.

Noch in dieser Nacht wurden 10 000 führende Mitglieder von SPD und KPD eingesperrt, Grundlage war die sog. Schutzhaftverordnung, die Festnahmen zum "Schutz des Staates" vorsah. Die Festnahmen waren längst vorbereitet.

Allein in Dortmund wurden über 1000 Menschen verhaftet, 500 wurden in die Steinwache gebracht.

Bei den Wahlen am 5. März saßen alle führenden SPD- und KPD-Leute im Knast, doch trotz des Terrors erhielt Hitler nicht die Mehrheit der Stimmen. Hitler erklärte nun die KPD-Mandate (83 von 600) für ungültig, auch viele der SPD-Mandate konnten nicht besetzt werden, wodurch Hitler seine sogenannte Mehrheit im Reichstag zusammenbekam.

Die Empörung in der Bevölkerung war so groß, dass die

meisten der Inhaftierten (vorerst) wieder freigelassen werden mußten.

Am 23.3. erließ Hitler das "Ermächtigungsgesetz" mit den Stimmen der Liberalen, des Zentrums und der Monarchisten. Hitler konnte nun ohne Parlament und Regierung entscheiden.

Heinz betonte in diesem Zusammenhang, dass bei den dann einsetzenden Prozessen den Kommunisten vorgeworfen wurde, sie hätten die Verfassung außer Kraft setzen wollen, ein Hohn angesichts der Hitler'schen Maßnahmen.

Bei der Abstimmung zum "Ermächtigungsgesetz" marschierten die Nazis von Raum zu Raum und terrorisierten die Abgeordneten der SPD. Trotzdem hielt der Führer der SPD, Wels, eine mutige Rede, die SPD stimmte als einzige Fraktion gegen das Gesetz.

Teile der SPD-Leitung waren ins Saarland (nach Frankreich) geflohen, dort führten sie Verhandlungen zur Bildung einer "Einheitsgewerkschaft" durch, wodurch die frühere Spaltung der Gewerkschaftsbewegung (es gab sozialdemokratische, kommunistische, katholische, polnische, und syndikalistische Gewerkschaften) überwunden werden sollte.

Dies sei die erste Lehre aus der Niederlage gegenüber dem Faschismus gewesen, betonte Heinz.

Im weiteren berichtete er über seine konkreten Erfahrungen während der Haft in der Steinwache. Der verantwortliche Polizeimeister der Wache sei ein Sozialdemokrat gewesen. Er habe während der Abwesenheit der Gestapo die Zellentüren öffnen lassen, um Frischluft hereinzulassen.

Zwischen den Inhaftierten sei heftig diskutiert worden: Hätten wir nicht bewaffnet Widerstand leisten müssen? Vor allem ältere Genossen seien der Meinung gewesen, dass dies keinen Rückhalt in den Belegschaften gefunden hätte. SPD-Leute warfen der KPD vor, sie hätten die Weimarer Republik bekämpft und nicht verteidigt. KPD-Leute warfen der SPD vor, sie sei doch an der Regierung gewesen und hätte gegenüber Hitler versagt. Im Mittelpunkt standen aber Fragen, wie man Hitler wieder loswerden, wie man den drohenden Krieg verhindern könne. In der Steinwache wurde auch ein Beschluß vorbereitet, der dann auf einer Tagung in Bergkamen am 23. September 33 gefaßt wurde: Die Dortmunder SPD beschloß, gemeinsam mit allen Hitlergegnern die illegale Arbeit (bis dahin nur von KPD und SAP organisiert) aufzunehmen. Ziel war der Wiederaufbau freier Gewerkschaften, wofür sich vor allem der SPD-Führer Fritz Henßler (nach der Niederwerfung des Faschismus Dortmunder Oberbürgermeister) einsetzte.

Heinz ging auch auf einzelne antifaschistische Widerstandsaktionen, insbesondere in Huckarde und bei der Hörder Hüttenunion ein. Hier wurde im September 1944 ein Konverter in einer nächtlichen Aktion zerstört, der für die Panzerproduktion notwendig war - die weitere Produktion von Panzern war damit in Dortmund beendet.

Soweit ein kurzer Gedächtnisbericht, der natürlich nicht sämtliche Einzelinformationen des (recht umfangreichen) Referats beinhaltet.

Stephan W. Born (Antifaschistischer Bund Ruhrgebiet)

DEMONSTRATION GEGEN DAS NATIONALE INFO-TELEFON RHEINLAND

Etwa 1200 Menschen demonstrierten am 31. Januar in Düsseldorf gegen eines der wichtigsten Info-Telefone des faschistischen Netzwerkes, das NIT Rheinland.

Die Polizei hielt sich erstaunlich zurück, was sicher auch auf die gute Organisation und große Geschlossenheit der Demonstration zurückzuführen ist.

Die Nazis vom NIT hatten zwar eine Gegendemonstration angekündigt - in Düsseldorf klappte aber ihre Taktik (noch) nicht, durch das Anmelden von Gegendemonstrationen Druck auf die Behörden auszuüben, um ein Verbot antifaschistischer Demonstrationen (aus Gründen der inneren "Sicherheit") zu erreichen.

Die Demonstration wurde von einem Bündnis unterschiedlicher antifaschistischer Kräfte, Antifa-KOK Düsseldorf, Anti-

faschistische Aktion-BO, VVN-BdA, PDS, DKP, Falken, Jusos, Flüchtlingsrat Düsseldorf sowie ausländischen Organisationen getragen, ihre politische Orientierung hob sich wohltuend von manch anderen Demos der vergangenen Wochen ab.

In den Reden bei der Auftaktkundgebung wurde von der Vertreterin der Antifa-KOK Düsseldorf der Zusammenhang von Expansionsinteressen der deutschen Wirtschaft, Sozial- und Demokratieabbau seitens dieses Staates und dem Anwachsen rassistischer Stimmungen in der Bevölkerung herausgearbeitet.

Die zentrale Parole "Gegen die Rechtsentwicklung in Staat und Gesellschaft" sollte dies zum Ausdruck bringen.

Von den Faschisten war an diesem Tag nicht viel zu sehen.

Einige wenige trieben sich unter Polizeischutz in der Nähe des Shadow-Platzes (Ort der Auf-

taktkundgebung) herum, andere versuchten dadurch auf sich aufmerksam zu machen, dass sie aus den Fenstern mehrerer Geschäftshäuser Schnipsel mit der Aufschrift "Erst stirbt der Stolz - dann die Nation" herunterwarfen.

Die Schnipsel waren natürlich schnell wieder verschwunden.

Die politische Orientierung der Demo wurde dadurch unterstrichen, dass auf den historischen Hintergrund der Machtübertragung an die Nazis (Hitlers Rede vor dem Düsseldorfer Industriclub, siehe auch Auszüge hieraus an anderer Stelle dieser Ausgabe) eingegangen wurde.

Bleibt zu hoffen, dass die antifaschistische Arbeit in Düsseldorf durch diese erfolgreiche Demonstration gestärkt wurde und die Tage des NIT Rheinland gezählt sind.

Stephan W. Born (AFB
Ruhrgebiet)



BERLIN UNTER ROTEN FAHNEN

Ein Bericht über die LLL-Demo in Berlin

Die bürgerlichen Medien sahen sich im Erklärungsnotstand: Übereinstimmend stellten sie fest, dass sich an der Ehrung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 11.

Januar 98 etwa 100 000 Menschen beteiligten. Als Motiv wurde beispielsweise die noch greifende Disziplin gegenüber der SED (!) genannt. Was angesichts des Durchschnittsalters der DemonstrantInnen eine äußerst dürftige Erklärung darstellt. Wir veröffentlichen im folgenden den Bericht eines Teilnehmers der Recklinghäuser Gruppe, die zur Demo nach Berlin fuhr.

Mitten in der Nacht, um 8.00 Uhr morgens, Treffen auf dem dunklen, kalten Busbahnhof in Recklinghausen. Einer hat es wieder nicht geschafft, aus dem Bett zu kommen. So düsten wir mit zwei roten PKWs auf nach Berlin.

Die Autobahn ist frei!

Nach sechs Stunden haben wir unser Ziel erreicht, Bernau, kurz hinter Berlin.

Hier werden wir auf dem Parkplatz beim Gasometer von Genossen der PDS und DKP erwartet. Nach Begrüßung und zahlreichen Umarmungen machen wir einen Rundgang durch die schöne Altstadt. Hier war

ich seit ca. 25 Jahren mal wieder in einer Kirche (schöne alte Holzarchitektur).

Danach haben uns die Genossen in ein Lokal eingeladen, wo wir über die Zusammenarbeit zwi-

spät in die Nacht weiterdiskutiert).

Früh am Morgen trafen wir uns dann wieder auf dem Parkplatz am Gasometer. Von dort aus ging es dann nach Berlin zur Demo.

Kurz hinter dem Parkplatz wurden wir erst mal auf dem Weg zum Sammelplatz der Demo von den Bullen gefilzt.

Überall wehten rote Fahnen. Unter massivem Polizeischutz - sie standen an jeder Ecke, bewachten jede Bank, standen vor Schmuckgeschäften und Pommesbuden. Sie verhielten sich ausgesprochen aggressiv, besonders gegenüber türkischen und kurdischen Genossen.

So zogen wir ca. 10 000 ewig Gestrige zum Mahnmahl von Karl und Rosa. Mit der U-Bahn (sie kostet auch nicht mehr nur 20 Pfennige) wieder zurück zum Parkplatz.

Dann gestalteten wir eine alternative Stadtrundfahrt, vorbei am Potsdamer Platz, Siegessäule und Brandenburger Tor Richtung Avus.

Von dort gelangten wir zur Autobahn und erreichten gegen 22.00 Uhr wieder den Kreis Recklinghausen. Ich fand die Fahrt super und werde im nächsten Jahr wieder mitfahren!

Dietmar Berner



schen DKP und PDS im Bundestagswahlkampf diskutierten. Ein besonderes Problem war dabei die Jugendarbeit. Hier zeigte sich, dass die PDS genau so Schwierigkeiten wie wir hat, junge Leute in ihren Reihen zu integrieren.

Nach der Diskussion in der Kneipe verteilten wir uns zum Schlafen auf die Genossen aus Bernau (hier wurde teilweise bis

VERHÖR- UND PRÜGELZENTRUM DER SA IN HERTEN

Kaum jemand in Herten weiß noch, dass einst an der Ecke Resser Weg/Paschenbergstraße in Herten das Wirtshaus "Parkhaus Ovelgönne" zu finden war. Auf Anweisung des NSDAP-Ortsgruppenleiters Bernaschek wurde hier - unverzüglich nach der Machtübertragung auf Adolf Hitler am 30. Januar 1933 - eine Prügelstelle eingerichtet. Nichts erinnert daran. Heute stehen hier ein Wohnhaus und ein Getränkemarkt.

Wie überall im Reich traf es in Herten zuerst - aber nicht ausschließlich - die Leute der politischen Linken, Mitglieder von KPD und SPD. Willi Kerstan, Rotfrontkämpfer und Kommu-

nist, war einer der ersten, der den Hertener Nazis in die Hände fiel. So berichtete sein Neffe Ernst Lindberg, der 1933 gerade zwölf Jahre alt war: "Mein Onkel ist bei Ovelgönne halbtot geschlagen worden. Das war das Versammlungslokal der Nazis und ihr Verhörzentrum."

Was Theo Lauf als "Dunkelkammer" bezeichnete, nannten andere auch "Heißmangel". Gemeint ist immer die gleiche Lokalität: die "Folterkammer" der Hertener Nazis. Theo Lauf beschreibt die Räumlichkeiten folgendermaßen: "Das war ein leerer Raum, da hatten sie zwei Fässer drin gehabt und mit dem Ochsenziemer haben sie dann, nachdem das Licht gelöscht war, draufgeplästert."

Seiner Kenntnis nach genügte es, den falschen Witz zu erzählen, um "da rein zu kommen. Man hat dort Menschen zu Krüppeln geschlagen, Augen aus- und Ohren abgeschlagen." Diese Prügelorgien wurden in der Regel mit Musikbegleitung vorgenommen. Wenn die "Verhöre" liefen, also Menschen

"auf den Bock gespannt" waren, spielte ein SA-Spielmannszug, um die Schreie zu übertönen.

Hat trotzdem niemand etwas davon gewußt?

"Und ob wir mitbekommen haben, was da los war", sagte Ernst Lindberg. "Es war schrecklich - meine Klassenkameraden haben in der Schule furchtbar geweint, wenn wieder einmal einer ihrer Väter nach Ovelgönne

gebracht worden war. Die Nazis haben ihre Väter wirklich so verprügelt, dass die es gerade überleben konnten. Wenn die da rauskamen, waren sie halbtot."

So wie die Reichsbannerleute Ernst Groß und August Quaß. Sie "haben es überlebt, aber alt ist von denen keiner geworden."

Von denen, die im Ovelgönne-Haus mißhandelt wurden, kamen etliche nicht mehr nach Haus zurück. Nach einer "Erholungspause" auf den Sägespänen des benachbarten Sägewerks wurden etliche in das Arbeitslager nach Stuckenbusch oder in das Polizeipräsidium nach "Schrecklinghausen" gebracht. Soweit sie die Folter und die Mißhandlungen überlebten, ging es von dort in der Regel in Zuchthäuser oder Konzentrationslager.

Willi Kerstan, der Onkel von Ernst Lindberg, verstarb gegen Kriegsende nach seinen Aufhalten in einem der vielen Emslandlager und im KZ an der Folgen seiner Lagerzeit. Franz Harter wurde Anfang 1933 verhaftet. Er wurde 1942 im KZ Sachsenhausen getötet, nachdem er sieben Jahre im Zuchthaus in Österreich verbracht hatte. Dass viele der über 100 Hertener Naziopfer, deren Namen die VVN 1949 aufgelistet hat, durch die Folterkammer der Hertener Nazis gegangen sind, kann nur vermutet werden.

(Quellenangaben und Dokumente sind in der Broschüre des Hertener Aktionsbündnisses "Erinnern für die Zukunft. Gewalt als Mittel der Politik der Hertener Nazis" veröffentlicht. Die Broschüre kann bei der DKP Recklinghausen bestellt werden.)

(aus: Rotes Fähnchen, Zeitung der DKP-Kreisorganisation RE, Nr.1/98)

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
Hattinger Straße 188 44795 Bochum
Tel. 0234/ 450590
FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
 BIOLAND-Getreide
 Eigene Mühle



Informationen
 Betrieb in Selbstverwaltung

Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

ANTIFA - FESTIVAL IM MARLER SCHACHT 8

Über 300 begeisterte Gäste Unsere Ziele nur am Rande vermittelt

Für die Gastgeber, das Team des Marler Schacht 8, war das wichtigste Ergebnis: Alles friedlich, keine Schlägerei, keine alkoholisierten 'Kids', nichts zu Bruch gegangen.

317 zahlende Gäste, insgesamt rund 400 ZuschauerInnen, sahen und erlebten ein tolles Fest - inwieweit es auch ein antifaschistisches war, bleibt genauer zu diskutieren.

Für uns Veranstalter vom AFB stellt sich erneut die Frage, inwieweit wir mit solchen Veranstaltungen in der Lage sind, antifaschistische Inhalte einem breiteren Publikum bekannt zu machen. Auch müssen wir überprüfen, ob Aufwand und Ergebnis in einem vertretbaren Verhältnis standen.

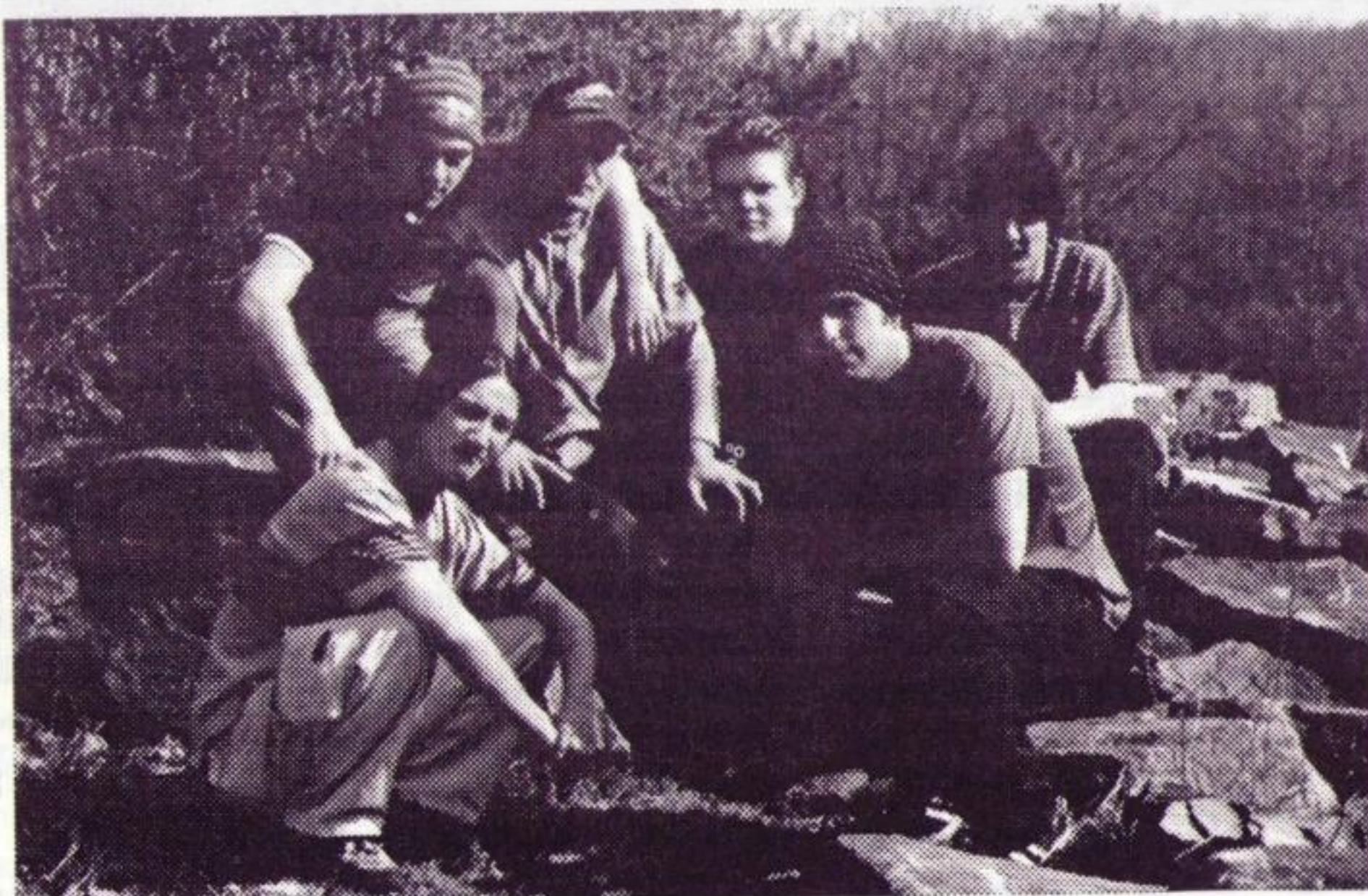
Zur Vorgeschichte:

Vor einem Dreivierteljahr entstand die Idee, ein antifaschistisches Musik-Fest zu organisieren. Im Vordergrund stand für uns damals das Ziel, durch eine solche Veranstaltung die antifaschistischen Strukturen im Kreis Recklinghausen zu stärken - insbesondere finanziell - und einen Solidaritätsbeitrag für das **Lübecker Bündnis gegen Rassismus** zu organisieren, dessen Arbeit für uns in vielen Punkten wichtig und vorbildlich ist (auch wenn es unsererseits nach der Lübecker Demo zum 2. Jahrestag des Brandanschlags Kritik gibt - siehe Bericht darüber). Der AFB hatte in den vergangenen Jahren schon mehrere Soli-Konzerte im Kreis Recklinghausen organisiert, unter anderem im Jugendzentrum Herten-Nord, im Marler HOT Hagenbusch und im Recklinghäuser Heinrich-Pardon-

Haus. Von diesen Konzerten war nur das erste, das in Herten-Nord stattfand, auch ein finanzieller Erfolg, die übrigen brachten teilweise erhebliche finanzielle Verluste.

Selbst das Konzert im HOT Hagenbusch, auf dem die durchaus bekannte Kult-Band WIZO spielte, hatte finanziell keinen Gewinn erbracht. Das lag damals zum einen an unseren organisatorischen Fehlern - es waren mehr als doppelt so viel Leute anwesend als tatsächlich

zahlende Gäste -, zum anderen gibt es im Ruhrgebiet inzwischen einen mehr als scharfen Konkurrenzkampf zwischen unterschiedlichen Veranstaltern, jedes Wochenende gibt es eine Vielzahl von Musik-Ereignissen von Duisburg bis Dortmund. Uns war also das Risiko einer solchen Veranstaltung bewußt. Ein weiterer Punkt war die Frage, welche Bands wir zu einem solchen Konzert einladen. Klar war, dass nicht irgendwelche Gruppen in Frage kamen,



Sons of Gastarbeit

sondern nur solche, die sich selbst deutlich mit einem **antifaschistischen Grundverständnis** identifizieren, was man auch ihrer Musik anmerken muß.

Dies war bei allen eingeladenen Gruppen der Fall, was schon daran ersichtlich wird, dass sie ohne Gage auftraten.

Aber auch in ihren Songs, ihrem Auftreten und ihrer kulturellen Orientierung waren die anwesenden Musikgruppen genau das, was wir uns auf einem solchen Festival wünschen: eine bunte Mischung unterschiedli-

Kontakte knüpfen konnten. Dadurch steht schon heute die Idee für ein zweites Antifa-Festival zum Jahresende 1998. Hierzu sei nur so viel verraten, dass es unter dem Motto *"Ossi'-Bands und 'Wessi'-Bands gemeinsam gegen Rassismus und faschistische Gewalt"* stehen wird.

Was die Werbung betrifft, können wir nur festhalten, dass wir das optimal hingekriegt haben - selten hat der AFB eine derart breite und positive Unterstützung durch die Presse erfahren. Die Plakate hingen im gesamten Kreisgebiet und darüber hinaus.

politischen Reden "geschwungen".

An politischen Ständen gab es nur den des AFB und einen DKP-Stand, außerdem einen Verkaufsstand des Bremer CD-Vertriebs "Jump up". Die angekündigten Stände und Ausstellungen von VVN-BdA, Falken und Anti-Castor-Initiative fehlten. Die gute Karikaturen-Ausstellung der DKP ging ein wenig unter.

Aber:

Es wurden viele Gespräche geführt, Toleranz und fröhliches Feiern bestimmten die Atmo-

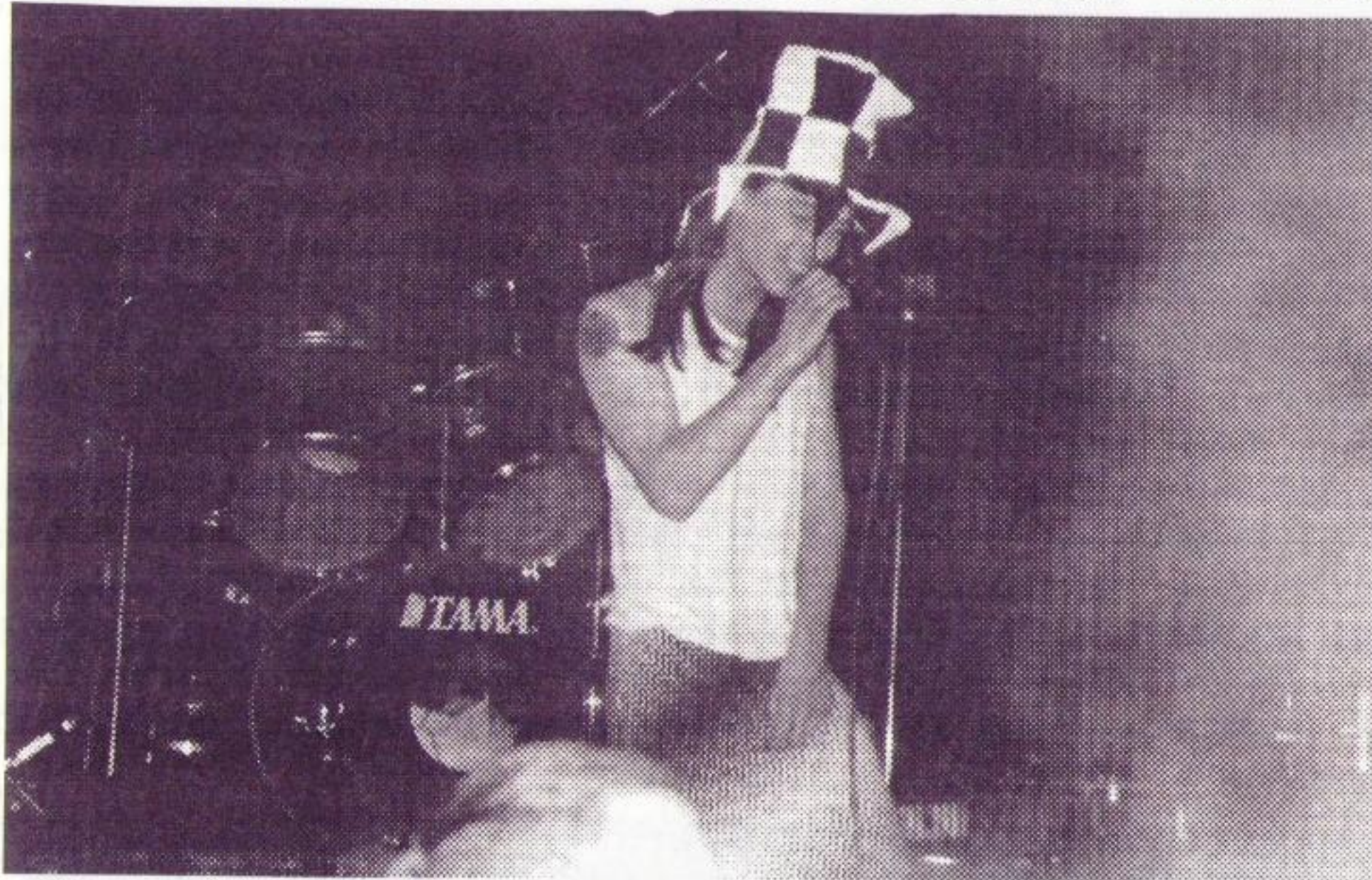
sphäre, beim Stage-Diving gab es nur einen geprellten Ellenbogen. Es gab nicht einen einzigen Alkoholierten, es ging nicht eine Flasche zu Bruch, es gab so gut wie keinen Müllberg.

Das mag sich vielleicht etwas klein-kariert anfühlen. Wer aber die bürgerlichen Konsum-Veranstaltungen mit ihren absurden Kommerz-Erscheinungen

kennt, weiß, dass

auf unserem Festival tatsächlich so etwas wie ein neues Kulturgefühl erfahrbar wurde.

Alle Bands trugen dazu bei, es gab keinen "Star"-Kult, sondern eher ein großes Familiengefühl. Besonders der Auftritt der "Sons of Gastarbeiters" ist hierbei zu erwähnen. Sie "heizten" nicht "Stimmungen" an, sondern vermittelten Gefühle, Nähe, Verbundenheit mit ihrem Publikum und in ihren Texten zugleich präzise Aussagen zur Situation Jugendlicher, die als "Söhne der Gastarbeiter" vor



Funky Monks in Aktion

her Musikstile, die in ihren Grundauffassungen für friedliches und gleichberechtigtes Miteinander eintreten.

Bis wir aber die endgültige Besetzung "beisammen" hatten, ging einige Zeit und eine Menge Nerven drauf.

Zwar haben wir auch eine Reihe anderer Bands angesprochen, das aber heißt keineswegs, dass die letztlich ausgewählten nur der "schäbige" Rest waren.

Positiv an den langwierigen Verhandlungen war auf jeden Fall, dass wir eine Menge neuer

Auch die gesamte Organisation von Technik über Licht bis zum Catering war hervorragend.

Kommen wir zu den wichtigsten Fragen der politischen Einschätzung.

War das Festival auch ein Schritt in Richtung antifaschistischer Mobilisierung?

Wenn man ein sehr enges Verständnis von Antifaschismus hat, wird man vieles kritisieren müssen.

So wurden von uns nur kurze informelle Ankündigungen von der Bühne gemacht - keine

den vielfachen Schwierigkeiten nicht in Resignation verfallen, sondern nicht mehr und nicht weniger als eine neue, solidarische Welt schaffen wollen.

Diese Aufbruchstimmung war auch in den Liedern von "The Pig must die", wenn auch in völlig anderer musikalischer Form, erkennbar.

Das "Neue" war auch bei den anderen drei Gruppen spürbar: "Funky Monks", die Gewinner des letztjährigen Recklinghäuser Newcomer-Festivals, "Elmar's revenge", die dabei den zweiten Platz (und den ersten in der Publikumswertung) belegten, auch "Premature" aus Krefeld - alles Gruppen, die aus sehr jungen Leuten bestehen, waren auf der Bühne überzeugend und sorgten für echte Begeisterung beim (ebenfalls) sehr jungen Publikum.

Der Abend wurde zwar lang, die meisten aber harrten bis zum Schluß (gegen halb eins) aus, auch wenn einige wenige von den Eltern persönlich abgeholt wurden (die blieben aber meist auch noch einige Zeit und begutachteten das Ganze - hoffentlich mit ein wenig Sympathie).



Im Sinne eines Verständnisses von Antifaschismus, der sich öffnet und in die Breite wirkt, der nicht auf den unmittelbaren Kampf gegen Nazis beschränkt ist, sondern Perspektiven über die alltägliche Vereinzelung und den bürgerlichen Kulturbetrieb hinaus andeutet, war dies Festival ein wichtiger Schritt nach vorn.

Zur finanziellen Seite:

Das Ziel, auch einen finanziellen Beitrag zur Stärkung antifaschistischer Strukturen zu leisten, haben wir nur begrenzt erreicht: Als Reinerlös blieben unterm Strich genau 184,- DM übrig. Wir diskutieren, wo wir in Zukunft Kosten bei der Finanzierung einsparen können. Eindeutig den größten Posten nahm der Bereich der Security ein - wir mußten auf diesem Festival das professionelle und erprobte Team von Schacht 8 einsetzen. Das war notwendig und richtig, weil der AFB zur Zeit noch nicht in der Lage ist, eine eigene Security zu stellen.

Es muß aber hervorgehoben werden, dass die Schacht-Security keine "schwarzen Sheriffs" waren, sondern Leute, die voll und ganz hinter unsern Zielen standen, wie die AFB-Mitglieder in zahlreichen Gesprächen (überrascht) feststellten.

Somit bleibt nur ein Aspekt ernsthaft zu diskutieren: Hätten wir im Vorfeld genauer

einschätzen können, dass wir die Zahl von 600 erwarteten ZuschauerInnen nur zur Hälfte erreichen würden?

Auffallend war, dass aus der Punk-Szene, aus der wir 200 Leuten erwartet hatten (wegen des Auftritts der "Schweinchen"), so gut wie niemand erschienen war. Zwar wurde vermutet, dass die alle auf einem zur gleichen Zeit im Bochumer "Riff" stattfindenden Punk-Festival (dort trat immerhin die 'Kult'-Band "Daily Terror" auf) waren, aber das ist nur spekulativ.

Klar ist, dass wir nicht ohne solche Vor-Einschätzungen auskommen, klar ist aber auch, dass wir darin nicht in der Weise "professionell" sein können und wollen, wie dies die bürgerlichen Kulturveranstalter sind. Ein finanzielles Risiko gehen wir also immer ein, wenn wir derartige Veranstaltungen organisieren - wir verringern es aber dadurch, dass wir durch unsere Politik zunehmend an Ansehen und Akzeptanz in der Bevölkerung, vor allem in der Jugend, finden. Unser Ziel ist, Menschen zu gewinnen, die in erster Linie aus Solidarität und internationaler Freundschaft ein solches Festival besuchen - auch wenn die eine oder andere Band gerade nicht den eigenen "Geschmack" abdeckt.

Dafür wollen wir weiterhin eintreten.

AFB Ruhrgebiet

Theater Kunst

Jonglieren

Artistik

Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5

Öffnungszeiten: 10⁰⁰-18⁰⁰
Samstags 10⁰⁰-14⁰⁰ & langer Samstag



ZWEI JAHRE NACH DEM BISHER VERHEERENDSTEN MORD- BRAND IN DER GESCHICHTE DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Bemerkungen zu einer Demonstration in Lübeck am 17.01.1998

Lübeck heißt "Die Schöne" (alter slawischer Stadtname: Liubice). Schön war der Anlaß unserer Fahrt dorthin nicht, und von Lübecks Schönheit haben wir auch nur wenig wahrgenommen. Anlaß war vielmehr die traurige Berühmtheit, die diese Stadt in der jüngsten Zeit erlangt hatte: der Mordbrand vom 18.01.1996 mit 10 Todesopfern und 39 zum Teil schwer Verletzten und dessen juristisches Nachspiel, bei dem eines der Opfer zum Täter gemacht werden sollte (was nicht gelang), während den wahren Tätern nicht einmal hinterhergespürt wurde. Es ist dieser Skandal, an den heute viele denken, wenn von Lübeck die Rede ist. Es handelte sich um eine rassistische Tat von Neonazis, verübt gegen Asylsuchende; rassistisch waren auch die Ermittlungen von Staatsanwaltschaft und Polizei, deren juristischer Ausgang wie der des Hornberger Schießens war und nach dem Willen derer, die dieses "Theater" veranstaltet hatten, wohl so bleiben soll.

Einige, die sich für die Opfer eingesetzt hatten, wurden mit weiteren Anschlägen geringerer Wirkung "bedacht", sei es der von seinen sozialdemokratischen Genossen im Regen stehengelassene Lübecker

Bürgermeister **Michael Bou-teiller**, dem man eine Briefbombe zusandte, sei es der **Pfarrer Harig** von St. Vicelin, auf dessen Kirche aus Anlaß der Gewährung von Kirchenasyl für eine algerische Familie ein

Brandanschlag verübt wurde; auch auf das Wohnhaus des Schriftstellers **Günther Grass** war ein Brandanschlag verübt worden. In den Jahren zuvor hatte Lübeck bereits 2 Brandanschläge auf die Synagoge

erlebt. Einer der deswegen Verurteilten gehört zum Grevesmühlener Kreis derer, die vermutlich an dem Mordbrand an der Hafenstraße beteiligt waren. Im Kreis seiner Kumpane wird er respektvoll **"Klein Adolf"** genannt. Die Räume des **Lübecker Bündnisses gegen Rassismus**, das bisher wichtige Beiträge zur Störung der staatlichen Vertuschungsmanöver geleistet hat, blieben dagegen von Anschlägen aus der Naziecke verschont. Diese Arbeit hatten die Nazis, die sich hier wohl keine unnötige Blöße geben wollten, vornehm der Staatsgewalt überlassen, mit der sie sich auch hier im Bunde wissen. Erinnert sei etwa an die Polizeiaktion zur Beschlagnahme der Computer des Bündnisses, weil dieses es gewagt hatte, von rassistischen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zu sprechen, und dabei insbesondere den sozialdemokratischen Staatsanwalt **Michael Böckenhauer** im Visier hatte. Schwarz war die überwiegende Farbe bei der Kleidung derjenigen, die mit uns den Demonstrationszug bildeten. Auch wenn kaum eine(r) der Demonstrierenden darüber nachgedacht haben dürfte: Schwarz ist auch die Farbe der Trauer. **Und traurig klein war unser Häuflein: gerade mal 500 Personen stark.**

Auf einigen der schwarzen Hemden konnte man in weiß lesen: *"Wir sind die Asche von morgen."* Der Satz gab uns Rätsel auf. Andere hatten einen Aufnäher: ein durchgestrichenes Hakenkreuz; das ist schon deutlicher, auch wenn der neue Faschismus wohl nicht mehr über eine Hakenkreuzdrapierung zur Macht gelangen dürfte, sondern sich die Hakenkreuzler lediglich als Hilfstruppen hält, mit denen man laut Strauß *"nicht*

zimperlich" zu sein braucht, wofür auch die staatliche Vernebelungsaktion in Lübeck ein deutlicher Beleg ist.

Um den Zeitpunkt des vorgesehenen Beginns der Demonstration fanden sich nach Auftauchen des Lautsprecherwagens allmählich Leute, die zuvor in der Nähe herumgelungert hatten, auf dem Lübecker Platz Am Markt ein; es waren weitaus weniger, als die Aufrufenden erwartet hatten, die meisten waren sehr jung, nur wenige ältere Menschen waren dabei, eine Fahne des **Bundes der Antifaschisten/VVN** war zu sehen, eine der **Antifaschistischen Aktion**, eine kleine Gruppe von Menschen aus dem Libanon und aus Afrika.

Einer von ihnen hatte einen Redebeitrag auf Französisch vorbereitet, der von den beiden Mitgliedern des Lübecker Bündnisses, die beim Lautsprecherwagen waren, neben dem Text des Flugblattes *"Bleiberecht für alle! Die Täter zur Verantwortung ziehen!"* an den drei Zwischenstationen auf dem Weg zur Hafenstraße verlesen wurde. Unter anderem vor dem Heiligen-Geist-Hospital: einem von der Stadt Lübeck im frühen 19. Jahrhundert errichteten Wohnheim für Mittellose, in dem heute auch einige Asylsuchende aus dem Brandhaus untergebracht sind. Zwar wurde ihnen von Bürgermeister Bouteiller Bleiberecht zugesagt, aber **eine Asylberechtigung hat von den Brandopfern noch niemand erhalten, abgeschoben wurde bisher einer.**

Aufgerufen hatten zu der Demonstration neben dem Lübecker Bündnis gegen Rassismus die Gruppen **Levanti - Projekt undogmatische Linke, Lübecker Flüchtlingsforum** und **Basta - linke Jugend**. Die

Erwartung, daß dem Aufruf Menschen aus ganz Deutschland folgen würden, mußte jedoch mehr und mehr reduziert werden. Ob daran die an den Staat gerichtete Forderung *"Die Täter zur Verantwortung ziehen!"* schuld war, die vielen autonomen Gruppen nicht paßt? Einige von ihnen dürften der Demonstration eine Woche danach gegen den **NPD/JN-Aufmarsch gegen die Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" in Dresden** den Vorzug gegeben haben.

Eine noch kleinere Zahl unter den Demonstrierenden waren Menschen aus der Türkei, einer von ihnen verkaufte auf dem Markt das Heft *Trotz alledem!* (Zeitung für den Aufbau der **Bolschewistischen Partei Deutschlands** Nr. 6 vom Oktober 1997), in dem auch die *"Erklärung von Überlebenden des Lübecker Brandanschlages vom 18.01.1996 zum Freispruch von Safwan Eid"* nachzulesen ist.

Vom **Antifaschistischen Bund** waren wir aus Recklinghausen mit 9 Leuten erschienen und konnten auch erfreulich viele *AntifaZ* (Nr. 69) unter die Leute bringen (rund 20; ein Beitrag zu Lübeck war - im Unterschied zu mehreren anderen Nummern der *AntifaZ* - darin nicht enthalten.) Neben einer kleineren Gruppe aus Berlin, die eine Broschüre *"Auf nach Grevesmühlen? Dokumente einer Kontroverse"* vertrieben, war unser Anreiseweg wohl der längste gewesen. Die anderen Demonstrierenden kamen durchweg aus der näheren Umgebung.

Zur Stelle war ein Vertreter der **Projektgruppe Antinazismus der IG-Medien** mit einem *"für die gewerkschaftliche Arbeit und die interessierte Öffentlichkeit"* zusammengestellten Heft aus dem Jahr 1996 zur

Ausstellung *Wie Opfer zu Tätern gemacht werden - Fakten und Material zur Aufklärung über den rassistischen Brandanschlag in Lübeck*. Eine wünschenswerte erweiterte Neuauflage der darin angekündigten "Neuerscheinung" *Materialien zum rassistischen Brandanschlag in Lübeck*, worin auch der Prozeßverlauf und sein Echo in der Öffentlichkeit verarbeitet wird, steht noch aus. Wie mir der Verkäufer der Broschüre etwas traurig erklärte, mangelt es der Gewerkschaft an Interesse und damit der Projektgruppe an Geld.

"in Erinnerung an Sylvio Amoussou, Rabia El-Omari, Maiamba Bunga, Nsuzana Bunga, Francoise Makodila, Christelle Makodila, Legrand Makodila, Christine Makodila, Miya Makodila, Jean-Daniel Makodila". Die Thematik des Buches ist eine **immer deutlicher zu Tage tretende Nazifizierung** speziell der deutschen Gesellschaft von heute, die besonders am Verhalten von Staat und Gesellschaft den Flüchtlingen gegenüber abgelesen wird. **Eine rassistisch motivierte Mordbrandserie wie in Deutschland gibt es - wie in ei-**

Internationale verpflichtete Gruppe, die sich **"Die Internationale"** nennt, mit *Avanti* (Januar 1998) und einem Theorieheft *"Che Guevara"* (beide ohne Themenbezug zu Lübeck).

An themenbezogenen Flugblättern erhielten wir: *"Für freies Fluten!? Grenzen auf!?"* der **Antifaschistischen Aktion Ekernförde** (Propagierung eines *"Lebens ohne nationale Identität"*), ein Flugblatt des Frauen/Lesben-Bündnisses für Bleiberecht mit der trotzigen Überschrift *"Sie sind hier & sie bleiben hier!"*. Sie demonstrierten gegen einen *"rassistischen*



Wo einst das Brandhaus stand...

Erstanden habe ich auch ein kleines Buch *"Hattingen - Lübeck: Die Brandanschläge in der Barbarisierung der Gesellschaft"*, erstellt von der **Prozeßgruppe zum Fall Hattingen und der AG zu rassistischen Ermittlungen Hamburg**, (ohne Angabe des Erscheinungsjahres - das letzte verarbeitete Datum ist eine TAZ-Ausgabe vom September 1997) herausgegeben vom **Verlag der Buchläden "Schwarze Risse Berlin" und "Rote Straße Göttingen"**

nem Vorwort festgestellt wird - **in keinem der anderen Länder Westeuropas, die Hauptzielgebiete für Flüchtlinge aus Hunger- und Kriegsgebieten sind**. Die Perspektive erscheint den Verfassern düster, sie äußern unmißverständlich ihre eigene Ohnmacht und die der "Zusammenhänge", aus denen heraus sie schreiben.

Ihre Präsenz dokumentierte durch Zeitschriftenverkauf eine der (trozkistischen) IV.

Durchmarsch", bei dem Opfer zu Tätern gemacht werden, gegen Ausgrenzung auf allen Ebenen, für das Bleiberecht der Überlebenden des Lübecker Brandanschlages, für Anerkennung sexistischer Verfolgung als Asylgrund, für Kirchenasyl und für ein menschenwürdiges Leben. Das **Lübecker Flüchtlingsforum e.V.** verteilte die Nullnummer eines Infobriefes, worin es sich und seine Forderungen vorstellte. Außerdem gab es ein Flugblatt *"einiger*

Uneinsichtiger" mit dem Titel *"Die deutsche Nation zwei Jahre nach dem rassistischen Brandanschlag in Lübeck: Von einem Nazianschlag will keiner etwas wissen - Demokraten und Nazis machen weiter"*, worin Lübeck als *"demokratischer Mustergau"* markiert wird und für das **M. Böckenhauer, Grevesmühlenweg 13, 23564 Lübeck** presserechtlich verantwortlich sei. Der Hinweis auf Grevesmühlen in dieser fingierten Adresse sollte offenbar die Richtung andeuten, in die die Staatsanwaltschaft mit Vorbedacht nicht ermittelt hatte; dieses Flugblatt ist ein deutlicher Ausdruck von **Perspektivlosigkeit, bei der man dem Gegner sogar die Inanspruchnahme des Wortes "Demokratie" überläßt.**

Ein Faltblatt der Antifaschistischen Aktion rief zu einer **Demonstration am 7. Februar in Passau gegen den dort vorgesehenen NPD-Bundeskongreß** auf (der nach gerichtlicher Außerkraftsetzung eines durch die Stadt Passau ausgesprochenen Verbots unter Polizeischutz stattfand und um den herum sich rund 4000 Faschisten und etwa halb so viele Antifaschisten fast eine Straßenschlacht geliefert hätten). Ein Infoblatt im Format DIN A5 wies auf einen von einem **Bündnis Rechts für Lübeck**, das zu den Kommunalwahlen am 22. März antreten will, für den 31. Januar geplanten Umzug durch den Lübecker Stadtteil **Moisling** hin und rief dazu auf, diesen Nazi-aufmarsch zu verhindern. (Dieser wurde von Bürgermeister Bouteiller verboten, das Verbot jedoch auch hier durch Gerichtsbeschluß außer Kraft gesetzt. Auch hier fand der Nazi-Umzug unter Polizeischutz statt. Ob es aus diesem Anlaß zu

Festnahmen von Antifaschist<inn>en gekommen ist, wissen wir nicht.)

Das an antifaschistische Gruppen in der BRD versandte Flugblatt derjenigen, die zur Demonstration aufgerufen hatten, in dem die bisherige Geschichte des Lübecker Skandals skizziert wird, lag zwar im Lautsprecherwagen, aber ich habe niemanden gesehen, der es verteilt hätte. Der Regen lud auch nicht gerade dazu ein. Doch auch die **Lautsprecheransprachen, von einem alten, klapprigen Mercedes aus gehalten, vor dem durch Mikrofon gesprochen wurde, waren nur für die nächsten Umstehenden verstehbar.**

Ein kleines Aufgebot von - zu meist ebenfalls sehr jungen - Polizisten begleitete den Demonstrationzug in das Gewerbegebiet bis zur Hafenstraße, wo **anstelle des Brandhauses heute ein tief ausgeschachtetes, mit Regenwasser gefülltes Loch zu sehen** ist, das demnächst das Fundament eines Gebäudes der angrenzenden **Firma Brüggén & Co** bergen wird. Davor wurde symbolisch eine schwarze Tafel aufgestellt, auf der in weißer Handschrift an den Brandanschlag erinnert wird und die Namen der oben genannten 10 Todesopfer zu lesen sind. Mit der Stadt und der Firma sei vereinbart, daß dort demnächst eine Gedenktafel angebracht wird.

Ansonsten war der Demonstrationzug, auf dem einige verspätete Neujahrsgrüße in Form von Feuerwerksraketen in den regenverhangenen Himmel geschickt wurden, beherrscht von Parolen wie: *"Nie wieder Deutschland!"* (nostalgisch, das angehängte "oi, oi, oi" ist eine alberne Nachäffung der Nazis), *"Deutsche Polizisten - Mörder und*

Faschisten!" (angesichts des betont zurückhaltenden Verhaltens der Polizei für Umstehende unbegreiflich), *"Nazis morden, der Staat schiebt ab, das ist das gleiche Rassistenpack!"* (eine Parole, mit der man durch die schlichte Gleichsetzung den Handlungsspielraum auf eine handgreifliche Auseinandersetzung mit Nazis und Staatsgewalt einengt).

Die Demonstration wurde von den Menschen Lübecks, durch deren Straßen wir uns bewegten, fast wie exotische Zootiere betrachtet, zumal an Mitteilung bei dieser nichts, aber auch gar nichts ankam. Das Verhalten vieler Demonstrierender war dagegen eher geeignet, einer "selffulfilling prophecy" zu genügen, nämlich daß man der zunehmenden Faschisierung von Staat und Gesellschaft nichts entgegensetzen kann und damit letzten Endes zur *"Asche von morgen"* wird. Die Aufforderung einiger weniger unter denen, die sich in ihrer Selbstausgrenzung wohl zu fühlen scheinen, zum *"Eink(l)aufen"*, als der Zug bei der Kaufhalle vorbeikam, wurde nicht in die Tat umgesetzt. Vier etwas stämmigere Polizisten vor dem Eingang zeigten dem kleinen Häuflein unmißverständlich seine Grenzen.

Durch völlige Abwesenheit glänzten Organisationen, die sich etwa an Stichtage aus der Vornazi- und Nazizeit sehr wohl zu erinnern vermögen, wie etwa **Bündnis 90/Die Grünen, PDS, DKP, MLPD, KPD, DDF, MLKP**, um nur einige zu nennen, von denen man auch in Lübeck früher gelegentlich etwas gemerkt hat oder die in ihren Zeitungen den Lübecker Mordbrand und seine offizielle "Aufarbeitung" mehr oder weniger deutlich dem deutschen Staat

und der von diesem betriebenen Flüchtlingspolitik angelastet haben. Bei einigen von ihnen hat offenbar die **Luxemburg-Lieb-knecht-Gedenkveranstaltung und/oder -Demonstration** in Berlin vom Wochenende zuvor in Erinnerung an einen zeitlich sehr viel weiter zurückliegenden Mord sämtliche Kraftreserven aufgebraucht, zu der laut Polizei rund 100.000 Menschen gekommen waren. **Dabei müßte der Kampf gegen die, die diesen und andere Mordbrände und Ausgrenzungen von Menschen aufgrund von Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht usw. aus unserer Gesellschaft betreiben bzw. zu verantworten haben, die ureigene Sache eines Proletariats sein**, dessen historische Aufgabe - dem Marxismus zufolge - darin besteht, die Menschheit vom Joch der Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien, und diejenigen, die sich als Verfechter der Sache des Proletariats sehen, wären von daher in der Pflicht. Die Mordopfer von Lübeck jedenfalls gehören dem Proletariat an - und auch die mutmaßlichen Mörder. **Wenn schon - wie in dem erwähnten Flugblatt - von "Fluten"**

"Überschwemmung" die Rede ist: Deutsche Deklassierte, ermutigt durch ein von der herrschenden Ausgrenzungs- und Spaltungspolitik systematisch miterzeugtes, auf einen "Kapitalismus pur" zusteuerndes Klima der menschlichen Kälte und Entsolidarisierung, fühlen hier Oberwasser.

Von der in der Innenstadt mit einem Stand und Schirm am selben Tag Wahlkampf betreibenden SPD wollen wir gar nicht erst reden; sie hat ja den "Asylkompromiß" von 1993 und damit einen konstruktiven Beitrag zum Schengener Abkommen und somit zur Abschottung der Festung Europa gegen Flüchtlinge sowie zur von der Bundesregierung betriebenen rasanten Abschiebepolitik und zu verantwortenden ständigen Menschenrechtsverletzung bis hin zur massiven Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Ländern, die eine liberalere Asylpolitik betreiben, mitzuvertreten.

Nazis zeigten sich an diesem Tag nicht.

Anregungen, die wir vom AFB Recklinghausen dem Lübecker Bündnis gegen Rassismus für eine erfolgreichere Erinnerung

1999 geben möchten: Könnten nicht z.B. Günther Grass, Pfarrer Harig, Bürgermeister Bouteiller als Kundgebungsredner oder zumindest für Grußadressen gewonnen werden? Oder auch Personen, die die **Internationale Untersuchungskommission** mitgetragen haben, wie etwa **Beate Klarsfeld**? Nichts gegen **Gabriele Heinicke**, die Verteidigerin von Safwan Eid, aber die Sache hat nicht nur eine juristische, sondern vor allem eine politische Dimension.

Relativ viele Jugendliche waren dem Appell zur Demonstration gefolgt. Das zeigt, daß sie sich moralisch angesprochen fühlen. Darüber hinaus jedoch **muß eine politische Perspektive entwickelt werden**, um die Bereitschaft, aktiv zu werden, nicht ins Leere laufen zu lassen.

An überregionalem Presseecho haben wir nur eine TAZ-Notiz vom 19.01.98 zur Kenntnis genommen, worin es hieß, eine Gruppe von 300 meist jugendlichen Demonstranten habe eine Mahntafel am Rathaus angebracht. In einer gefälschten Presseerklärung habe es geheißen, diese sei von der Hansestadt in Auftrag gegeben worden. Woher die TAZ diese Informationen hat, ist uns schleierhaft. Wir haben davon nichts bemerkt.

Den Erlös aus dem Antifa-Festival im Kreis Recklinghausen am 28.02.98 (siehe Bericht in dieser Nummer) bekommt zur Hälfte jedenfalls das Lübecker Bündnis, da es - wie dieser Bericht zeigt - der Solidarität dringend bedarf (z.B. für eine Lautsprecheranlage, mit der man auch die Bevölkerung erreicht).

KD (AFB RE)

Attatrol Buchladen

45657 Recklinghausen Herner Str. 16

☎ 02361 / 17002

"Jetzt sind freilich aufgeklärter
Diese Menschen, und sie töten
Nicht einander mehr aus Eifer
Für die himmlischen Interessen."



"Nein, nicht mehr der fromme Wahn,
Nicht die Schwärmerei, nicht Tollheit,
Sondern Eigennutz und Selbstsucht
Treibe sie jetzt zu Mord und Totschlag."

Heinrich Heine "Atta Troll"

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30 & Sa 9.00-14.00

Antifaschistische Demonstration zum Gedenken an Frank Böttcher

Von sinnloser Randal überschattet

Etwa 1300 - überwiegend jugendliche - Menschen waren am 8.2. zum Magdeburger Hauptbahnhof gekommen, um unter dem Motto *"Das Gestern im Heute begreifen!"* gegen Neofaschismus zu demonstrieren und der Opfer der letzten Jahre zu gedenken. Am Tag zuvor war an der Straßenbahnhaltestelle Olven 1 für den dort im Vorjahr von Faschisten ermordeten Frank Böttcher eine Gedenktafel enthüllt worden.

Im Unterschied zu zahlreichen anderen Anlässen (man denke nur an den **"Herrentag"** am 2. Mai 1994, wo sie sich selbst an der faschistischen Jagd auf Menschen aus der Türkei und Afrika beteiligte) lag die Taktik der Magdeburger Polizei bei betonter Zurückhaltung. Beamte in normalen Uniformen waren eingesetzt. Gegen 13.20 Uhr versuchten etwa 50 rechte Jugendliche, die Demonstrierenden anzugreifen. Sie wurden von der Polizei eingekesselt und vorläufig festgenommen.

Um 13.30 Uhr ging der Demonstrationzug zunächst sehr geordnet in Richtung **Westfriedhof** los, wo Frank seine letzte Ruhe gefunden hat.

Unter den Flugblättern, die dort verteilt wurden, war auch eines von der KPD mit dem Titel: *"Wie Faschismus entsteht - und verhindert wird"*, das starke Beachtung fand.

Darin wurden Probleme des antifaschistischen Kampfes erörtert und sektiererische Auswüchse gekennzeichnet, insbesondere die mangelhafte Verbindung der Antifa zur Bevölkerung aufgezeigt und Lösungen vorgeschlagen. Bereits darin gebrandmarkt wurde eine Form des "antifaschistischen Kampfes", die leider auch diesen Zug überschatten sollte: die Randal *"gegen alles"*. Ein solcher "Kampf" führt nicht weiter, er schadet.

Für die Polizei war es nach den Ausschreitungen und der sinnlosen Zerstörungssorgie einiger "Helden" leicht, sich einerseits als Opfer darzustellen (mehrere Polizisten wurden durch Steinwürfe verletzt), andererseits als Retter in der Not in Erscheinung zu treten (sie schützten die Autos von Magdeburger Bürgern gegen Chaoten). Wir konnten uns des Eindrucks nicht erwehren, daß das Ganze eine bewußte Einsatztaktik war.

3500 Polizisten waren im Einsatz, doch man spürte davon nichts. Sie ließen die 200 bis 300 Wildgewordenen sich so richtig austoben. Nach Beendigung der Demonstration zog eine Gruppe in Richtung **Olvenstedt** weiter. Sie plünderten eine Tankstelle, zerstörten parkende Autos und steckten eines in Brand. Leute wurden übel beschimpft und angepöbelt. Die - äußerst schwach besetzten - Polizeisperren wurden angegriffen.

Stundenlang zogen sie durch die Straßen, vor den Augen sehr vieler Zuschauer. Wie nicht anders zu erwarten, richtete sich die Stimmung dank solcher "Heldentaten" gegen die Antifaschisten. Ob unter diesen "Kämpfern" zivile Spitzel waren, wie zuvor schon in Berlin? Wir wissen es nicht.

Die **VOLKSSTIMME** brachte es Tage danach auf den Punkt: **Die Antifaschisten hätten sich wie Nazis benommen.** In dieser Richtung bewegte sich auch in den Tagen danach die "öffentliche Meinungsbildung".

Die Initiatoren der Demonstration, linke und antifaschistische Gruppen und Organisationen, hatten sich von der Randal distanziert. Unsere weitere Arbeit soll darin bestehen, bei den Diskussionen, die jetzt stattfinden, auf die Ursachen solcher Randal einzugehen und uns für einen antifaschistischen Kampf einzusetzen, der sich mit der Bevölkerung verbindet.

(H.P., Magdeburg; leicht überarbeitet)

MAHNWACHE ZUR SOLIDARITÄT MIT DEN FLÜCHTLINGEN

Am 21. Februar organisierte der **"INTERNATIONALE FREUNDSCHAFTSVEREIN (IFV)"** in Recklinghausen eine Mahnwache zur Unterstützung der kurdischen Flüchtlinge, die in einer konzertierten Aktion von Bundesregierung und türkischem Staat zunehmend daran gehindert werden sollen, die **"Festung Europa"** zu überwinden.

Mit Unterstützung der deutsch-kurdisch-türkischen Musikgruppe **"Grup Simko"** fand die Aktion bei einer Reihe von BürgerInnen Sympathie.

Hintergrund der Aktion waren die im Januar durch die Presse gegangenen 'Horror'szenarien von angeblich tausenden von kurdischen Flüchtlingen, die auf Schiffen über das Mittelmeer kämen und via Italien nach Deutschland einzu'strömen' drohten. Bundesinnenminister Kanther inszenierte diese Kampagne gegen die Flüchtlinge, die

daraufhin in der Presse nur noch als **"Illegale"** bezeichnet wurden, da sie ja allesamt von kriminellen **"Schlepperbanden"** eingeschleust würden.

Kanther spielte sich gleichzeitig als Befehlsgeber der italienischen Regierung auf, die schleunigst "geeignete Maßnahmen zur Sicherung der europäischen Außengrenzen" zu ergreifen hätte, was im Klartext militärisches Vorgehen gegen die Flüchtlinge bedeutet. Der barbarische Krieg des türkischen Staates gegen das kurdische Volk wurde kaum noch erwähnt, stattdessen mal wieder rassistische Hetze gegen Flüchtlinge geschürt, die ja allemal nur aus **"wirtschaftlichen"** Gründen versuchten, nach Europa (und dabei in erster Linie nach Deutschland) zu gelangen. Positiv nur, dass die italienische Regierung sich diese Einmischung verbat und mitteilte, dass alle Flüchtlinge in Italien die Möglichkeit erhielten, Asylanträge zu stellen.

Wieder einmal zeigte sich mit aller Deutlichkeit, dass diese Regierung de facto davon ausgeht, dass das Asylgesetz in Deutschland abgeschafft ist. Mit der Gleichsetzung **"krimineller"** Schlepperbanden mit den Flüchtlingen, mit den angeblichen Erkenntnissen, dass auch die PKK an der Organisation von Flüchtlingstransporten beteiligt sei, wurde erneut die Kriminalisierung der politischen Ziele des kurdischen Volkes betrieben. Der 'Partner' Türkei nutzte dann auch sofort die Gelegenheit, um mit Massenfestnahmen von **"Illegalen"** unter Beweis zu stellen, dass er in der Lage ist, das Problem auf seine Weise zu lösen.

**SOLIDARITÄT MIT DEN
FLÜCHTLINGEN!
GRENZEN AUF FÜR
ALLE!**

**Internationaler Freund-
schaftsverein (IFV)
Recklinghausen**



MEIN FREUND OSKAR - Häftling Nr. 34527

Aus dem Erlebnisbericht "Kampf und Qual im KZ"

Heinz Junge

(Teil II)

Volksfront oder Nationale Front?

Nach unserer politischen "Eroberung" des Blocks 17 schaffte Oskar einen Diskussionskreis mit Kameraden außerhalb unseres Blocks: Heinz Bartsch, **Herbert Artzt** (Leutnant der Interbrigaden) und **Josef Sherman**, beide aus dem Judenblock 38, und **Herbert Wasilkowski**.

Die Diskussion über den Vertrag hatte aufgehört, es wurde über den **VII. Weltkongreß** und insbesondere über die "**Berner Konferenz**" mit ihrer weitschauenden Perspektive einer Nationalen Front zur Gewinnung von Bündnispartnern über die Breite der Volksfront hinaus diskutiert.

Heinz Bartsch gehörte zu dem politischen Kreis in der Partei, dessen Repräsentanten im Lager Harry Naujoks und Albert Buchmann, Fritz Winzer und Hans Lübeck waren. Er war auch eine zentrale Figur unter den Berliner Genossen, Herbert Artzt kam aus Frankreich und war mit den oben genannten Konferenzen gut vertraut.

Die beiden Prozeßkumpel Heinz und Oskar - daß sie das waren, erfuhr ich erst nach 1945 - waren in einer bestimmten Art Extreme: Während Heinz Bartsch schnell dachte, genau zuhörte, nur kurze Fragen stellte und dann entschied, aber endgültig, konnte Oskar unendlich immer wieder seine Fragen aufbauen, mal von dieser und mal von jener Seite. Manchmal wurde Heinz ungeduldig und fiel mit einer sarkastischen Bemerkung über Oskar her. War dieser empört, lachte Heinz aus vollem Hals.

Zunächst mal ging es bei Oskar um die Frage, ob die zeitweise Rücknahme der *Losung Einheitsfront* = *Volksfront* = *Volksfrontregierung* eine strategische Wende oder nur eine taktische Maßnahme wäre.

Die Frage so zu stellen, hing ja mit der von Oskar schon im Alex gestellten Frage nach den Perspektiven des deutsch-sowjetischen Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrages zusammen. Ich selbst fand in meinen Vorbereitungen auf der Insel **Vlieland** für den "*Einsatz im KZ, in der Illegalität im Land und im Zuchthaus*", auf den wir nach der Besetzung Norwegens und Dänemarks im Falle einer Besetzung der Niederlande orientiert waren, keine Antwort.

Wir kamen überein, daß eine Rückkehr zur Volksfront, nun, wo der Krieg tobte und die Faschisten die Existenz der ganzen deutschen Nation gefährdeten, nicht genügen konnte, zu eng sei und den Hinweisen in der Berner Entschließung vom Februar 1939 gefolgt werden müsse: Nationale Front, über den Rahmen der Volksfront hinaus.

Die Volksfront sollte zum Sturz Hitlers führen und eine **antifaschistische Republik** schaffen, in der im Gegensatz zu Weimar nicht die Monopole und Ostjunker, sondern die Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten die Macht ausüben würde. Eine "*Demokratie neuen Typus*", wie formuliert wurde.

Die Kriegspolitik Hitlers gefährdet die Existenz der ganzen Nation. Das erkennen auch weite Kreise des Bürgertums und der nationalen Rechten, die bisher Hitler unterstützten. Auch diese gilt es zu sammeln, unter der Losung: "*Rettung der Nation vor dem Untergang durch den Sturz Hitlers*".

Diese Diskussion führte ich auch mit dem Diskussionskreis um Fritz Selbmann, für die zunächst die "*antifaschistische Volksrepublik*" ein Synonym (Karl Schirdewan) für die "*Diktatur des Proletariats*" war. Der qualitative Unterschied zwischen der letzteren und der Volksfrontregierung einerseits, der Volksfrontregierung und der gewöhnlichen bürgerlichen Demokratie andererseits bedurfte hier keiner leidenschaftlichen Diskussion, da Selbmann, Schirdewan und **Hein Meyn**, der einigemal zugegen war, über umfangreiche Kenntnisse auf dem Gebiet der marxistischen Theorie verfügten.

22. Juni 1941 - Überfall auf die Sowjetunion

Am 22. Juni standen wir zum Morgenappell vor dem Block 17 angetreten. Block 18 war eine Werkstattbaracke, in der eine "Nachtschicht" durch einen Spalt in der fensterlosen Rückwand uns nächtlich empfangene Radiomeldungen zukommen lassen konnte. So erfuhren wir schon um 6.30 Uhr früh vom Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion, natürlich mit der faschistischen Provokationsmeldung: *"Die deutsche Wehrmacht ist dem begonnenen Angriff der Roten Armee zuvorgekommen."*

Obwohl nur geflüstert, ging es von Mann zu Mann und löste sofort unterschiedliche Wirkungen aus. Freude bei fast allen ausländischen Kameraden und bei einigen deutschen. Auch Georg Nowak war erleichtert und fragte mich direkt, warum ich keine Freude darüber zeige, daß nun endlich die Rote Armee begonnen habe, mit dem Faschismus Schluß zu machen.

Oskar, der völlig zusammengefallen hinter mir stand, herrschte den Spindkumpel barsch an: *"Glaubst Du, die Sowjetunion sei vertragsbrüchig geworden? Die Nazis haben unbegründet die Sowjetunion überfallen!"* Oskar hatte das Stichwort gegeben, und das wurde sofort zur Orientierung bei den Genossen auf Block 17. Damit gingen sie auch in die Diskussionen im Lager mit anderen Genossen.

Im Gegensatz zu einigen anderen Baracken, z.B. Block 2, wo Albert Buchmann fast allein gegen eine Freudenstimmung vieler Genossen ankämpfen mußte, nahm das Parteikollektiv auf Block 17 zwar erschüttert, aber ernst und nüchtern die Nachricht von dem Überfall der Nazis auf das Land, dem all unsere Liebe galt, dessen Friedensbestrebungen wir leidenschaftlich unterstützt hatten, auf: Wir wußten, daß nun eine schwere Zeit für die Völker der Sowjetunion angebrochen war. Alle Zirkel kamen an diesem Sonntag - nachmittags war keine Arbeitspflicht - zusammen.

Die Stimmung schlug natürlich nach acht Tagen um. Als die ersten großen Siege der Nazis gemeldet wurden, waren auch jene Genossen davon überzeugt, daß die *"Verteidigung des Nichtangriffsvertrages"* die richtige Linie war, die zuvor den Vertrag verflucht hatten.

Die Faschisten hatten schon Smolensk genommen, ein Ende des "Vormarsches" war noch nicht abzusehen. Oskar kam mit trauriger Miene aus dem Baubüro. Er nimmt mich zur Seite: *"Was ist das, Planung und Berechnung oder nazistischer Größenwahn? Im Baubüro gibt es Weisungen für einen Wiederaufbauplan für Moskau und Tiflis, und zwei hier stationierte Sturmführer sind zu den Verantwortlichen für diese Städte benannt."*

Wir kamen überein, daß es sich um Größenwahnsinn handeln müsse, denn davon waren wir überzeugt, daß Moskau nicht in deutsche Hände fallen werde. Über "Tiflis" mußten wir damals nur lachen.

Sowjetische Kriegsgefangene in Sachsenhausen und ihr Schicksal

Oskar mußte einen richtigen Nachrichtendienst im Baubüro aufgebaut haben, denn er kam laufend mit Nachrichten, die zum Teil schnell bestätigt wurden. Das Baubüro innerhalb des Lagers bereitete auch Pläne für die SS-Bauleitung im **WVHA (Kammler)** vor. Eine schwere Zeit brach für alle Kommunisten im Lager an, als aufgrund des **Kommissarbefehls der Wehrmacht** russische Kriegsgefangene im September 1941 ins Lager geschleppt wurden, die fast durchweg halb verhungert und völlig zerlumpt waren.

Schon am zweiten Tag nach dem Eintreffen brachte Oskar die ersten Nachrichten über die streng vom großen Lager isolierten Kriegsgefangenen. Eine Mitteilung bezog sich darauf, daß die Gefangenen eines Transports Schuhwerk und Unterwäsche nach der Gefangennahme abgeben, in einem Waldstück viele Wochen kampieren mußten, wobei je drei Mann täglich eine rohe Runkelrübe bekamen.

Dann war wieder ein Transport, der auf ein Kleefeld gejagt worden war, um sich dort von Klee zu ernähren. Jeder, der sich einem Soldaten der Wehrmacht zuwandte, etwa mit einer Frage, wurde sofort

erschossen. Der größte Teil der Angehörigen dieser Transporte, so berichtete Oskar, sei durch Krankheiten und Erschießungen in wenigen Wochen auf eine geringe Zahl zusammengeschmolzen.

Oskar hatte es verstanden, sofort mit den sowjetischen Soldaten Verbindung anzuknüpfen. Ich mußte annehmen, daß er Kenntnisse der russischen Sprache hatte und persönlich irgendwo die Isolierung durchbrechen konnte, vielleicht durch einen Ritz in einer Barackenwand unter Bestechung eines der außerhalb der Isolierung als Wachen aufgestellten BVer.

Schon vor der Ankunft des ersten Transports der sowjetischen Kriegsgefangenen kommt Oskar mit einer Mitteilung, die uns in der Parteileitung auf Block 17 zunächst kopfschütteln läßt: *"Unglaublich!"*

Oskar: *"Im Baubüro liegen Pläne zur Errichtung einer Genickschußanlage. Habt Ihr diesen Terminus schon einmal gehört? Die einzelnen Blätter stellen jeweils einen Raum dar, durch den die Opfer gehen müssen, um dann zum Schluß unvorbereitet und ahnungslos durch einen Schuß aus der Wand getötet zu werden."*

Unsere Zweifel zerstreut er sofort: *"Nein, nein, das ist teuflische Wirklichkeit!"*

Oskar - ein Hans Dampf in allen Gassen

So war Oskar im Lager ein Mann, der überall drin steckte, nach allen Seiten "offen" und allseitig orientiert war. Daß alle seine Nachrichten zuerst an Heinz Bartsch gingen, der sich in der Schreibstube neben seiner offiziellen Schreiarbeit dafür interessierte, welche Anschläge SS und Gestapo auf das Lager im Schilde führten, spricht von selbst: Oskar und Heinz Bartsch waren enge Kampfgenossen.

Daß ich mit solch einem Kommunisten wie Heinz Bartsch im Lager konspirativ zusammenarbeiten konnte - ich meine die Zeit 1943 und 1944 -, verdanke ich Oskar Hoffmann, wahrscheinlich auch dem Zufall, daß wir uns als Zugänge in unmittelbarer Lebensgefahr gegenseitig helfen mußten.

Auch habe ich von Oskar, dem um 10 Jahre Älteren und Erfahreneren, ja, dem Klügeren, viel gelernt. Nicht nur im Lager, sondern auch jedesmal, wenn ich ihn später besuchte und genügend Zeit hatte, ihm zuzuhören. Wer nicht gut zuhören kann, hat von Oskar keine besondere Meinung. Wer aber zuhört, der profitiert bei jeder Unterhaltung mit Oskar. Ich habe mehrmals den Versuch gemacht, jüngere Antifaschisten, keine Kommunisten, zu ihm zu führen. Noch nach Jahren fragen diese, wenn von Berlin die Rede ist: *"Was macht Oskar? Ich würde gerne mal wieder einem Gespräch mit ihm beiwohnen."*

Mauthausen

Das Oskar im Sommer 1944 zu jenen Häftlingen im KZ Sachsenhausen gehörte, die angesichts des Näherrückens der nazistischen Niederlage von der Gestapo als Gefahrelement Stufe I eingeschätzt wurden, nimmt bei seiner allseitigen Aktivität im Lager nicht wunder. Er kam mit Heinz Bartsch auf den berüchtigten Block 58 und am 20. Oktober zur Vernichtung auf Transport nach Mauthausen, während Heinz Bartsch am 11. Oktober 1944 erschossen wurde.

Als ich mit einem ungarischen Judentransport am 16. Februar 1945 vor der Selektion durch die SS auf dem Appellplatz im KZ Mauthausen stand, frierend und voller Ungewißheit, wurde ich von mehreren Häftlingen aus den seitlich des Platzes liegenden Baracken angerufen. **Hein Külckens, Ernst Harter, Peter Gregoire, Otto Wiesner, Willi Heinskill** und Oskar Hoffmann. Nun, was konnten sie schon helfen? Aber ihr Anrufen sagte mir: Auch hier ist die Partei. Und das gab mir neue Zuversicht. Vielleicht half es auch, als ich durch die selektierenden SS-Henker laufen mußte, Gesundheit zu demonstrieren, um der Gaskammer zu entgehen. Ich wurde zum Beseitigen der Bombenschäden einem Arbeitskommando zugeteilt.

Kaum war ich - nur mit halbem Hemd, Unterhose und Resten eines Holzschuhs bekleidet - im Zugangsblock 21, erschien auch schon Otto Wiesner, der Mann für Solidarität in der Schreibstube

Sachsenhausen, und brachte mir dicke Socken, bessere Schuhe und einen Kanten Brot mit den besten Grüßen der 101 Kameraden des Transports vom 20. Oktober 1944 aus Sachsenhausen.

Die Befreiung erlebten wir getrennt, Oskar im großen Lager von Mauthausen, ich im Nebenlager Ebensee.

Nach der Befreiung

Gelegentlich meiner ersten Reise als Jugendsekretär der Bezirksleitung Ruhrgebiet zum ZK der KPD im Dezember 1945 nach Berlin - es ging um eine Beratung mit **Erich Honecker**, **Hermann Axen** und anderen Jugendfunktionären des ZK - erkundigte ich mich sofort nach Oskar. Von Ernst Harter, der damals im Ruhrgebiet war, hatte ich erfahren, daß die "Mauthausener" gut in Berlin angekommen waren.

Ich fand die Behausung Oskars in einem bombengeschädigten Haus. Die Fenster waren mit Pappe beklebt. In den Raum, wo Oskars Bett stand, waren armselige Sachen teils übereinander gestellt. Eine Etagenbewohnerin leistete mir bei meinem Warten Gesellschaft. Daß Oskar schwere Jahre im KZ erlebt hatte, war ihr unbekannt. Oskar sprach nicht darüber.

Oskar kam dann mitten in der Nacht, müde und abgekämpft. Er befand sich ununterbrochen im Parteieinsatz. Die Nachbarin meinte: *"Er kommt spät, und er geht schon früh wieder. Wir sehen ihn kaum hier. Wenn seine Ration morgens nicht mehr im Schrank ist, wissen wir, daß er hier war. Wie lange er das aushält...?"*

Die Nachbarin hatte 60 Gramm Margarine und 500 Gramm Brot für Oskar miteingekauft, das, was ihm "auf den Marken" zustand. Er wollte dies mit mir teilen, aber ich war ja beim ZK versorgt worden.

Als Oskar sein Abendbrot herunterwürgte, fragte ich ihn, ob die Partei so schlecht für ihre Genossen sorgt. Anspielend auf das KZ und Block 17, fragte ich ihn, daß er doch jetzt eine "Arbeitsportion" mit einer Scheibe Wurst nicht ausschlagen würde? Er lächelte: *"Wir müssen zunächst einmal unsere Arbeiter- und Bauernmacht festigen, damit lösen wir alle Probleme, auch das der Wurst."*

Aus dem Vortrag Adolf Hitlers vor einer auserwählten Gruppe von deutschen Großkapitalisten im Düsseldorfer Industrieklub

Vorbemerkung:

Am 27.01.1932 sprach vor dem Düsseldorfer Industrieklub ein Mann, der nicht einmal 10 Jahre zuvor als Terrorist vor Gericht gestanden hatte und nicht etwa (wie es damals gegenüber linken Kräften üblich war) zum Tode, sondern nur zu einer Art Ehrenhaft verurteilt worden war, weil er mit einer Handvoll Abenteurer (darunter dem "Vater des totalen Krieges", Erich Ludendorff) versucht hatte, die bayrische Staatsregierung zu stürzen und die Macht in München an sich zu reißen, ein Unternehmen, bei dem auf beiden Seiten eine Reihe von Menschen erschossen wurde. Fritz Thyssen, der im selben Jahr (1923) anlässlich der Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich passiven Widerstand organisiert hatte und dafür von einem französischen Kriegsgericht verurteilt worden war, hatte kurz zuvor eine Ansprache Hitlers gehört, die ihn so begeisterte, daß er damals der NSDAP 100.000 Goldmark spendete. Er hat den Werdegang Hitlers und dieser Partei seitdem aufmerksam verfolgt. Und nicht nur er. Dieser Fritz Thyssen (dessen Vater eifrig das katholische Zentrum unterstützt hatte, sicher nicht zuletzt, weil es ihm eine ideologische Integration der Arbeiterschaft in die Herrschaft des

Kapitals versprach) war inzwischen zum Mitbegründer und Hauptteilhaber der Vereinigten Stahlwerke, des damals größten deutschen Stahlkonzerns, avanciert und 1931 selbst der NSDAP beigetreten. Er war es auch, der dem Industrieklub den Redner Hitler schmackhaft gemacht hatte, und was dieser zu sagen hatte, war Wasser auf die Mühlen der Herren der deutschen Stahlindustrie, und, wie sich bald zeigen sollte, nicht nur dieser Industrie. Thyssen selbst wandte sich später von den Nazis ab und schrieb das Buch "I Paid Hitler" (= Ich bezahlte Hitler), worin er ihnen vorhielt, eine Politik zu verfolgen, die er nicht gewollt habe. Die Abservierung des Großgrundbesitzers Franz von Papen, die Reichspogromnacht und der Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion hätten ihn enttäuscht. Es waren sehr wohl erwogene und in akribischer Feinarbeit zuvor abgesicherte taktische Winkelzüge des Hitlerschen Programms, die Thyssen angeblich nicht verstand. Es waren genau solche Punkte, die seine Adressaten in Großbritannien, wohin Thyssen geflüchtet war, "nicht verstanden". Er gab sich da blauäugiger, als er war, denn die Grundlagen auch dafür hatte Hitler in seiner Rede klar zum Ausdruck gebracht.

In den Jahren ab 1927 befand sich der Kapitalismus weltweit in einer schweren Krise, die z.B. in Deutschland mit einer Arbeitslosenzahl von rund 6 bis 7 Millionen Menschen einherging. Das trug wesentlich zur Polarisierung der deutschen Gesellschaft in zwei sich einander feindlich gegenüberstehenden politischen Lagern bei. Unter den Kapitalisten machte sich die Besorgnis breit, das deutsche Proletariat könnte den Kapitalismus hinwegfegen und Verhältnisse herbeiführen, wie sie bereits in der Sowjetunion bestanden. Der Versuch, dort eine Gesellschaft aufzubauen, die über den Kapitalismus hinauswies, mußte sie zutiefst beunruhigen. Ihnen war auch klar: Auf friedlichem Wege war der Kommunismus nicht zu stoppen. Was hat die deutsche Großindustrie damals bewogen, Hitler an die Macht zu hieven? Anläßlich der 65. Wiederkehr der sich in mehreren Schritten vollziehenden Machtübergabe an die Nazis bis hin zur Vereidigung der Reichswehr auf die Person Hitlers (jeder dieser Schritte wurde von brutalen taktischen Maßnahmen eingeleitet, die die Herrenmenschen in Deutschland davon überzeugten, auf das richtige Pferd zu setzen) seien hier nicht seine praktischen Schlußfolgerungen, sondern einige prinzipielle Passagen aus seiner von den dort anwesenden Industriekapitänen allgemein als "sehr vernünftig" bewerteten Rede wiedergegeben, Grundsätze, wie wir sie in dieser oder jener Form bei Faschisten jeder Couleur finden können, wenn auch nicht immer mit der gleichen "Brillanz" formuliert. Hitler hat sie mit einer Deutlichkeit vorgetragen, die nichts zu wünschen übrig ließ. Zugleich zeigt sich, daß er genau den Ton traf, der die Herrenmenschen in diesem Klub überzeugte. Der von ihm dabei herausgestellte weltweite Grundwiderspruch zwischen Nation (Imperialismus) und Internationalismus, Führerstaat und Demokratie, Herrschaft des Privateigentums und Kommunismus gilt, auch wenn der erste sozialistische Großversuch Sowjetunion inzwischen gescheitert ist, nach wie vor, und niemand sage, das Großkapital habe inzwischen aus einem "Betriebsunfall" gelernt und würde heute grundsätzlich anders handeln:

"(...) Ich halte es für wichtig, mit der Auffassung der Weltbedingtheit unseres Schicksals grundsätzlich zu brechen. Es ist nicht wahr, daß unsere Not ihre letzte Ursache in einer Weltkrise, in einer Weltkatastrophe hat, sondern richtig ist, daß wir in eine allgemeine Krise hineinschlitterten, weil bei uns von vornherein gewisse Fehler gemacht worden sind. Ich kann nicht sagen: 'Nach allgemeiner Auffassung ist der Friedensvertrag von Versailles die Ursache unseres Unglücks.' Was ist der Friedensvertrag von Versailles anderes als ein Menschenwerk? Er ist nicht etwas von der Vorsehung uns Aufgebürdetes und Aufgeladenes. Er ist ein Menschenwerk, für das selbstverständlich auch wieder Menschen (...) verantwortlich gemacht werden müssen. Wäre es anders, wie sollten dann Menschen dieses Werk überhaupt wieder beseitigen können! Ich bin der Meinung, daß es keinen durch menschliches Wollen veranlaßten Vorgang gibt, der nicht auch wieder durch ein anderes menschliches Wollen einst zu ändern wäre. Sowohl der Friedensvertrag als auch sämtliche Folgen dieses Vertrages sind das Ergebnis einer Politik gewesen, die man vielleicht vor 15, 14 oder 13 Jahren in den Feindstaaten als richtig ansah, die, von uns aus betrachtet, von vornherein verhängnisvoll sein mußte, die leider aber noch vor 10 und weniger Jahren von Millionen von Deutschen gedeckt wurde und sich heute in ihrer ganzen Unmöglichkeit enthüllt. Ich muß also

feststellen, daß auch in Deutschland eine unbedingte Schuld an diesen Vorgängen vorhanden sein muß, wenn ich überhaupt glauben will, daß das deutsche Volk noch Einfluß auf den Wandel dieser Verhältnisse ausüben kann. (...)

Was heißt denn überhaupt 'Politik'? (...) Friedrich der Große sagt: 'Politik ist die Kunst, seinem Staat mit allen Mitteln zu dienen.' Bismarck erklärt: 'Politik ist die Kunst des Möglichen' - ausgehend von dem Gedanken, daß im Bereiche des Möglichen alles geschehen soll, um dem Staat und (...) der Nation zu dienen. Wieder ein anderer meint, daß dieser Dienst am Volke sich sowohl mit friedlichen als auch mit kriegerischen Mitteln vollziehen kann. Denn Clausewitz sagt: 'Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik, wenn auch mit anderen Mitteln.' Umgekehrt meint Clemenceau, daß der Friede heute nichts anderes sei als die Fortsetzung des Kampfes und die Verfolgung des Kampfzieles, wenn auch wiederum mit anderen Mitteln. Kurz: **Die Politik ist nichts anderes und kann nichts anderes sein als die Wahrnehmung der Lebensinteressen eines Volkes und die praktische Durchführung des Lebenskampfes eines Volkes mit allen Mitteln.** Es ist somit ganz klar, daß dieser Lebenskampf zunächst seinen Ausgang vom Volk selbst nimmt und daß das Volk (...) der Wert an sich ist, der erhalten werden soll. **Alle Funktionen dieses Volkskörpers sollen letzten Endes nur EINEN Zweck erfüllen, die Erhaltung eben dieses Körpers für die Zukunft sicher zu stellen.** (...) Jedes Volk hat den Kampf für die Wahrnehmung seiner Interessen zu führen und kann nur den Kampf führen, der seinem innersten Wesen, seinem Werte, seinen Fähigkeiten, der Güte seiner Organisation usw. entspricht. (...) Es ist daher falsch, zu sagen, daß die Außenpolitik ein Volk forme, sondern **die Völker regeln ihre Beziehungen zur anderen Welt entsprechend den ihnen innewohnenden Kräften und entsprechend der Erziehung zum Einsatz dieser Kräfte.** Wir können überzeugt sein, daß, wenn an Stelle des heutigen Deutschlands ein anderes Deutschland gestanden hätte, auch die Stellungnahme der übrigen Welt wesentlich anders gewesen wäre. (...) Dies abstreiten, bedeutet: Deutschlands Schicksal kann nicht mehr geändert werden, ganz gleichgültig, welches Regiment in Deutschland herrscht. Wenn eine solche Auffassung vertreten wird, so kann man auch sofort die Wurzel und die Erklärung hierfür finden: immer sind die Behauptungen, daß das Schicksal eines Volkes durchwegs nur vom Auslande bestimmt wird, die Ausflüchte schlechter Regierungen gewesen. (...) Ich vertrete demgegenüber eine andere Erkenntnis: **Drei Faktoren bestimmen zunächst wesentlich das politische Leben eines Volkes. Erstens der innere Wert eines Volkes, der als Erbmasse und Erbgut durch die Generationen hindurch (...) weitergegeben wird, ein Wert, der nur dann eine Veränderung erfährt, wenn die Masse, die Träger dieses Erbgutes ist, sich in ihrer inneren blutsmäßigen Zusammensetzung langsam verändert.** Ich kann aber feststellen, daß bestimmte Charakterzüge, bestimmte Tugenden und bestimmte Laster bei Völkern so lange immer wiederkehren, solange ihre innere Natur, ihre blutsmäßige Zusammensetzung sich nicht wesentlich geändert hat. Ich kann die Tugenden und Laster unseres deutschen Volkes bei den römischen Schriftstellern eigentlich schon genau so feststellen, wie ich sie heute sehe. Dieser innere, das Leben eines Volkes bestimmende Wert kann aber, abgesehen von einer blutsmäßigen Veränderung der Substanz, durch gar nichts beseitigt werden. Er kann vorübergehend beeinträchtigt werden durch eine unlogische Organisation des Lebens, durch eine unvernünftige Erziehung. Aber dann wird nur die Auswirkung dieses Wertes verhindert, während der Grundwert an sich nach wie vor vorhanden ist. Dieser ist somit aber auch der große Quell aller Hoffnungen für den Wiederaufstieg eines Volkes. (...)

Ich sagte, daß dieser Wert verdorben werden kann. Es sind aber vor allem noch zwei andere, innerlich verwandte Erscheinungen, die wir in den Verfallszeiten der Nationen immer wieder feststellen können. Die eine ist der Ersatz des Persönlichkeitswertes durch einen nivellierenden, zahlenmäßigen Begriff, in der Demokratie. Die andere ist die Negierung des Volkswertes, die Verneinung der Verschiedenartigkeit der Veranlagung, der Leistung usw. der einzelnen Völker. Wobei die beiden Erscheinungen einander bedingen oder zumindest in der Entwicklung beeinflussen. Internationalismus und Demokratie sind unzertrennliche Begriffe. Es ist nur logisch, daß die Demokratie, die im Innern eines Volkes den besonderen Wert des einzelnen negiert und einen Gesamtwert, einen Zahlenwert an dessen Stelle setzt, im Völkerleben genauso verfährt und dort zum Internationalismus ausartet. Im großen heißt das: Es gibt keine angeborenen Volkswerte, sondern es treten höchstens vielleicht augenblickliche Erziehungsunterschiede in Erscheinung; aber zwischen Negern, Ariern, Mongolen und Rothäuten besteht ein wesentlicher Wertunterschied. Diese

Auffassung, die die Basis unserer ganzen heutigen internationalen Gedankenwelt ist, und in ihren Auswirkungen so weit führt, daß (...) ein Neger in den Sitzungen des Völkerbundes präsidieren kann, führt zwangsläufig in der weiteren Konsequenz dahin, daß man (...) innerhalb eines Volkes Unterschiede im Wert der einzelnen Angehörigen dieses Volkes negiert. Damit kann natürlich auch jede vorhandene besondere Fähigkeit, jeder vorhandene Grundwert eines Volkes praktisch wirkungslos gemacht werden. Denn **die Größe eines Volkes ergibt sich nicht aus der Summierung aller Leistungen, sondern letzten Endes aus der Summierung der Spitzenleistungen.** (...) Es ist mehr Volksherrschaft, ein Volk auf allen Gebieten des Lebens von seinen fähigsten, dafür geborenen Einzelwesen regieren und leiten zu lassen, als alle Gebiete des Lebens von einer jeweils diesen Gebieten naturnotwendigerweise fremd gegenüberstehenden Majorität verwalten zu lassen. (...)

Es kommt aber noch ein Drittes hinzu: Nämlich die Meinung, daß das Leben auf dieser Welt, nachdem man schon den Persönlichkeitswert und den besonderen Volkswert leugnet, nicht durch Kampf erhalten werden muß, und daher auch die Politik von der Vertretung durch die Waffe entbunden werden kann. Eine Auffassung, die vielleicht belanglos wäre, wenn sie sich nur in einzelnen Köpfen festsetzte, die aber von entsetzlichen Folgen ist, weil sie langsam ein ganzes Volk vergiftet. Es ist nicht so, daß derartige allgemein weltanschauliche Veränderungen nur an der Oberfläche blieben und nur rein geistige Vorgänge bedeuteten. Nein, sie wirken sich über kurz oder lang bis in die Tiefe hinein aus, alle Lebensäußerungen des Volkes beeinflussend.

Ich darf Ihnen ein Beispiel anführen: Sie haben die Auffassung, meine Herren, daß die deutsche Wirtschaft aufgebaut sein müsse auf dem Gedanken des Privateigentums. Nun können Sie einen solchen Gedanken des Privateigentums praktisch nur dann aufrecht erhalten, wenn er irgendwie auch logisch fundiert erscheint. Dieser Gedanke muß seine ethische Begründung aus der Einsicht in die naturgegebene Notwendigkeit ziehen. Er kann nicht etwa allein damit motiviert werden, daß man sagt: Es war bisher so, also muß es auch weiter so sein. Denn in Perioden großer staatlicher Umwälzungen, der Völkerverschiebungen und der Veränderung des Denkens können Einrichtungen, Systeme usw. nicht nur deshalb unberührt bleiben, weil sie bisher in der gleichen Form bestanden. Es ist das Charakteristische aller wirklich großen revolutionären Epochen der Menschheit, daß sie über solche, nur durch das Alter geheiligte oder auch scheinbar nur durch das Alter geheiligte Formen mit einer Leichtigkeit sondergleichen hinweggehen. (...) **Es ist ein Widersinn, wirtschaftlich das Leben auf dem Gedanken der Leistung, des Persönlichkeitswertes, damit praktisch auf der Autorität der Persönlichkeit aufzubauen, politisch aber diese Autorität der Persönlichkeit zu leugnen und das Gesetz der größeren Zahl, die Demokratie, an dessen Stelle zu schieben.** Es muß damit langsam ein Zwiespalt zwischen der wirtschaftlichen und der politischen Auffassung entstehen, den zu überbrücken man durch Angleichung der ersteren an die letztere versuchen wird - versucht hat, denn dieser Zwiespalt ist nicht nur blanke, blasse Theorie geblieben. Der Gedanke der Gleichheit der Werte ist unterdessen nicht nur politisch, sondern auch schon wirtschaftlich zum System erhoben worden. Und nicht etwa bloß in einer abstrakten Theorie: nein, dieses wirtschaftliche System lebt in gigantischen Organisationen - ja, es hat heute bereits ein Riesengebiet staatlich erfaßt. (...) **Der politischen Demokratie analog ist auf wirtschaftlichem Gebiet (.) der Kommunismus.** Wir befinden uns heute in einer Periode, in der diese beiden Grundprinzipien in allen Grenzgebieten miteinander ringen und auch bereits in die Wirtschaft eindringen. (...)

Man kann nicht annehmen, daß in diesem Ringen plötzlich ein Stillstand eintreten könnte. Nein, im Gegenteil: dieses Ringen wird fortgesetzt, bis eine Nation entweder endgültig im Internationalismus und in der Demokratie versinkt und damit der völligen Auflösung anheimfällt oder sich wieder eine neue logische Form des inneren Lebens schafft. (...)

Zusammenfassend: Ich sehe zwei Prinzipien, die sich schroff gegenüberstehen: **das Prinzip der Demokratie, das überall, wo es sich praktisch auswirkt, das Prinzip der Zerstörung ist. Und das Prinzip der Autorität der Persönlichkeit, das ich als das Leistungsprinzip bezeichnen möchte,** weil alles, was überhaupt Menschen bisher leisteten, alle menschlichen Kulturen nur aus der Herrschaft dieses Prinzips heraus denkbar sind. Der Wert eines Volkes an sich, die Art der inneren Organisation, durch die dieser Wert sich auswirken soll, und die Art der Erziehung sind die Ausgangspunkte für das politische Handeln eines Volkes und damit die Grundlagen für die Ergebnisse dieses Handelns.

(...) Wir haben eine Anzahl von Nationen, die auf Grund eines ihnen angeborenen, überragenden Wertes sich eine Lebenshaltung schufen, die in keinem Verhältnis steht zu dem Lebensraum, den sie in dichten Siedlungen bewohnen. Wir haben die sogenannte weiße Rasse, die sich seit dem Zusammenbruch der Antike im Laufe von rund tausend Jahren eine Vorzugsstellung in der Welt verschafft hat. **Ich kann die wirtschaftlich bevorzugte Herrenstellung der weißen Rasse der übrigen Welt gegenüber aber gar nicht verstehen, wenn ich sie nicht in engsten Zusammenhang bringe mit einer politischen Herrenauffassung, die der weißen Rasse als etwas Natürliches seit vielen Jahrhunderten eigen gewesen und von ihr nach außen hin vertreten worden ist.** Greifen Sie irgendein einzelnes Gebiet heraus, nehmen Sie etwa Indien: England hat Indien nicht auf dem Wege von Recht und Gesetz erworben, sondern ohne Rücksicht auf Wünsche, Auffassungen oder Rechtskundgebungen der Eingeborenen und hat diese Herrschaft, wenn nötig, mit der brutalsten Rücksichtslosigkeit aufrecht erhalten. Genauso wie Cortez oder Pizarro Zentralamerika und die Nordstaaten von Südamerika einst nicht auf Grund irgendwelcher Rechtsansprüche sich aneigneten, sondern aus dem absoluten, angeborenen Herrengefühl der weißen Rasse. Die Besiedlung des nordamerikanischen Kontinents ist ebenso wenig aus irgendwelchen, nach demokratischer oder internationaler Auffassung sicheren Rechtsansprüchen erfolgt, sondern aus einem Rechtsgefühl, das seine einzige Wurzel in der Überzeugung von der Überlegenheit und damit vom Recht der weißen Rasse besaß. Wenn ich mir diese Geistesverfassung wegdenke, die im Laufe der letzten 3, 4 Jahrhunderte der weißen Rasse die Welt erobert hat, dann würde tatsächlich das Schicksal dieser Rasse nicht anders sein als etwa das Schicksal der Chinesen: eine maßlos zusammengepreßte Menschenmasse auf außerordentlich beengtem Boden, eine Überbesiedelung mit all ihren zwangsläufigen Folgen. Wenn das Schicksal die weiße Rasse einen anderen Weg gehen ließ, dann nur deshalb, weil diese weiße Rasse überzeugt war, ein Recht zu besitzen, die andere Welt zu organisieren. Ganz gleichgültig, wie sich im einzelnen dieses Recht nach außen vertarnte - in der Praxis war es die Ausübung eines außerordentlich brutalen Herrenrechts. (...)

Die weiße Rasse kann aber ihre Stellung nur dann praktisch aufrecht erhalten, wenn die Verschiedenartigkeit des Lebensstandards in der Welt aufrecht erhalten bleibt. Geben Sie heute unseren sogenannten Absatzmärkten den gleichen Lebensstandard, wie wir ihn haben, und Sie werden erleben, daß die nicht nur in der politischen Macht der Nation, sondern auch in der wirtschaftlichen Stellung des einzelnen sich ausdrückende Vormachtstellung der weißen Rasse nicht mehr gehalten werden kann.

(...) Heute ist die Situation sehr einfach: Seit 100 Jahren hat ein Teil der weißen Rasse sich langsam ziffernmäßig so vermehrt, daß eine Erhaltung der gigantischen Volkszahlen nur dann garantiert erscheint, wenn die wirtschaftlichen Absatzmöglichkeiten in der Welt gewährleistet sind. Es ist also so, daß eigentlich ein Teil der Welt unbedingt von der Aufrechterhaltung eines Zustandes abhängig ist, den wir Deutsche als Demokraten und internationale Völkerbundsmenschen geistig längst abgelehnt haben. Das Ergebnis liegt auf der Hand: **Die Konkurrenz zwang die europäischen Völker zu einer immer steigenden Verbesserung der Produktion, und die steigende Verbesserung der Produktion führte zu einem dauernden Einsparen von Menschen.** Solange eine immer neu folgende Erschließung neuer Weltabsatzmärkte damit Schritt hielt, konnten die in der Produktion der Landwirtschaft und später des Handwerks eingesparten Menschen ohne weiteres immer wieder in neue Produktionen überführt werden, so daß wir das Charakteristische des vergangenen Jahrhunderts darin sehen, daß erst aus der Landwirtschaft Menschen eingespart werden und in das Handwerk kommen, später im Handwerk selbst durch die Genialisierung der Produktionsmethoden immer mehr Menschen der Einsparung verfallen und ihrerseits wieder neue Lebensmöglichkeiten in einer Erweiterung der Produktionszweige finden. Aber dieser Prozeß war nur so lange denkbar, solange eine dauernd steigende Abnahmemöglichkeit geschaffen wurde, eine Abnahmemöglichkeit, die so groß wie die Steigerung der Produktion sein mußte(...) "

(Wird fortgesetzt)

DEMONSTRATION GEGEN NAZI-VERSAND IN NIEDER-SPROCKHÖVEL



Genosse Paul

Am 7. März demonstrierten knapp 150 Leute in Nieder-Sprockhövel im Bergischen Land gegen den dort ansässigen "Dieter - Koch - Vertrieb", eine der zentralen Versandstellen für Nazi-CDs, Nazi-Embleme, T-Shirts und diverse germanische Kultgegenstände usw.

Ob die Demonstration als Erfolg zu werten ist, bleibt fraglich.

Vorweg: es ist sicher wichtig, dass überhaupt etwas im "ruhigen Hinterland" passierte.

Allerdings war deutlich, dass die übergroße Mehrzahl der Demonstrierenden aus Städten wie Wuppertal, Hattingen, Witten und von weiter her angereist waren. Allein aus Recklinghausen waren etwa 15 AntifaschistInnen nach Sprockhövel gefahren.

Es war vielen nicht klar, ob die Demo zum Gebäude, in dem D. Koch seinen Versand hat, gehen werde. Dies befindet sich nämlich gut 4 km vom Demogesehen entfernt, in Ober-Sprockhövel.

Ob die mehreren Hundert PolizistInnen darauf orientiert wurden, eine Demo dorthin zu verhindern, wurde auch nicht so deutlich.

Nachdem der Demozug gut eine Stunde durch menschenleere Siedlungsstraßen (die Einwohner befanden sich zu diesem Zeitpunkt wohl überwiegend beim Einkauf in der einzigen größeren Straße, der Hauptstraße) gelaufen war, teilweise durch schmale Wege zwischen Gebäuden hindurch, teilweise in frischer Luft an schönen Wiesen vorbei, kam man wieder am Aufmarschplatz, dem Kirchplatz in Niedersprockhövel, an. Nach längerer Pause wurde dann beschlossen, mit dem Bus nach Ober-Sprockhövel zu fahren, um dem Vertriebsgebäude doch noch einen Besuch zu widmen. Etwa 50 Demonstrierende trafen vor dem Gebäude ein, das von 15 Mannschaftswagen geschützt wurde. Nach dem Rufen einiger Parolen wurde die Aktion beendet.

Reaktionen der Bevölkerung wurden kaum registriert, ob Anti-Antifa-Fotographen unterwegs waren, war bei der Vielzahl der Fotographierenden und Filmenden nicht auszumachen.

Martialisches Polizeiaufgebot

Dem massiven Bullenaufmarsch wollen wir ein paar besondere Bemerkungen widmen. Absolut provokant war, dass die Bullen während des gesamten Demozugs links, rechts, vorne und hinten 'mitmarschierten'. Vor

dem vorderen Transparent bildeten sie eine dichte Kette in nur 1-2 Meter Abstand. Davor fuhr ein Kamerawagen, auf dem auf erhöhter Plattform ständig gefilmt wurde, bisweilen standen auch mehrere Leute auf der Plattform und gestikulierten wie gewichtige Strategen, die schwierige logistische Probleme zu lösen hatten.

Kein Wunder, dass die Demonstrierenden dem 'grünen' Aufmarsch oft mehr Aufmerksamkeit schenken und diverse "Agitations"-Versuche in dessen Richtung starteten. Allerdings gingen die politisch allemal in die falsche Richtung. Sei es, dass der Bullenaufzug als "Karnevals"-Verein titulierte wurde, sei es, dass den 'StaatsdienerInnen' entgegengeschleudert wurde, dass die nur 1500,- netto auf den Lohnstreifen hätten.

Zwischendurch gab es dann sogar etwas Aufregung, als von einem Polizeifahrzeug aus - mit dünner Lautsprecherverstärkung - aufgefördert wurde, die Vermummungen abzulegen.

Daraufhin wurde aus der Demoleitung eifrig erläutert, dass die Vermummung ein legitimer Schutz gegen Anti-Antifa-Fotographen sei, die ja fleißig AntifaschistInnen abfotographierten. Das muß die Einsatzleitung wohl überzeugt haben, denn sie kam auf das Vermummungsthema nicht erneut zurück.

Politische Orientierung der Demo

Es blieb ein Lichtblick, was Paul, der frühere

Gewerkschafter und ehemalige Betriebsratsvorsitzende, in seiner Rede auf der Auftaktkundgebung vortrug.

Er arbeitete gründlich heraus, dass die Kapitalisten ein 'natürliches' Interesse daran haben, dass der faschistische 'Sumpf' nicht trockengelegt wird. Gerade eine der zentralen faschistischen Ziele, die ausländischen Kollegen gegen die deutschen auszuspielen, entspricht ja den vitalen Interessen des Kapitals.

Paul warf einen kurzen Blick auf die Geschichte nach 1945, als nach der Zerschlagung des Faschismus wie über Nacht die alten Konzernherren wieder an der Macht waren - gerade die, die dem Faschismus finanziell und politisch zur Macht verholten hatten.

Er beleuchtete die Entwicklung des sozialen Kahlschlags - nicht "die Türken" haben die Heinrichshütte "plattgemacht" und tausende Arbeitsplätze vernichtet, sondern die Konzernherren.

Sein Appell lautete: Wer ernsthaft Schluß machen will mit dem Faschismus, muß den Kapitalismus bekämpfen.

Die Parolen der Demo lagen nicht unbedingt auf Pauls 'Linie'. Noch am ehesten "Hinter dem Faschismus steht das Kapital - der Kampf um Befreiung ist international". Es dominierten Parolen wie "Die Nazis morden, der Staat schiebt ab - das ist das gleiche Rassistenpack". Das hört sich zwar irgendwie radikal an, ist aber politisch gefährlich und illusionär, verwischt es doch die Unterschiede zwischen dem inzwischen weitverbreiteten Rassismus in der Bevölkerung, den täglichen faschistischen Morden (die durchaus eine andere Qualität darstellen) und der Politik dieses imperialistischen Staates, die mit der Bezeichnung 'rassistisch' eher beschönigt wird.

(Doch zu unseren Vorstellungen von antifaschistischer Politik an anderer Stelle mehr).

Der Kampf gegen die Nazi-Versand-Strukturen

Es ist ein wirklicher Fortschritt, dass die Versandstrukturen zunehmend breiter bekannt gemacht werden. Dass diese für die faschistische Mobilisierung

von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind, sehen wir vor allem in den östlichen Bundesländern, wo sie zur Entwicklung einer rechten Jugend'kultur' einiges beigetragen haben.

Aber auch im Ruhrgebiet hat zum Beispiel die jahrelange Vertriebstätigkeit des "Ruhrskin Vertriebs" von Thomas Langner und Matthias Martin aus Herne, die eng mit Dieter Koch kooperierten (beide stehen übrigens zur Zeit in Bochum vor Gericht) zum Aufbau einer rechten Jugendszene beigetragen. Ihre Tätigkeit reicht bis in die Schulen hinein. So gibt es inzwischen fast in jeder Herner Schule ein rechtes 'Umfeld', das fleißig mit Nazi-CDs und T-Shirts versorgt wird.

Dass das Auswirkungen hat, sehen wir beispielsweise daran, dass an der Herner Hibernia-Schule ein rechter Jugendlicher einen antifaschistischen Jugendlichen gewaltsam attackieren konnte, ohne dass dies von der Schulleitung geahndet wurde. Vielmehr gab es Lehrer, die sich auf die Seite des Schlägers stellten, als dieser in der SchülerInnen-Zeitung mit Namen genannt

und öffentlich als "Schläger" bezeichnet wurde. Das ganze wurde dann mehr oder weniger 'unter den Teppich gekehrt'. Die Spitze des braunen Eisbergs in den Vertriebsstrukturen bilden Andreas Zehnsdorf aus Hattingen und Thorsten Lemmer aus Düsseldorf. Ihnen gehört die CD-Produktionsfirma "Funny Sounds" mit Sitz in



Polizei schränkt Demonstrationsrecht ein

Langenfeld. Die von ihnen selbst produzierten und andere CDs aus dem In- und Ausland vertreiben sie über ihren "Moderne-Zeiten-Vertrieb". Die verdienten größeren Summen haben sie u.a. in ihr kostenintensives Zeitungsprojekt "Rock Nord" investiert.

Dass gegen diesen wie auch den "Donner-Versand" in Lüdenscheid

staatlicherseits nichts unternommen wird, ist überhaupt kein Zufall.

Selbstverständlich sind dem "Staatsschutz" all die Nazi-Strukturen seit Jahren bekannt.

Wenn überhaupt mal etwas unternommen wird wie gegen den "Ruhrskin Versand", dann nur, damit vor der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt werden kann, man unternehme ja 'etwas' gegen Leute, denen 'strafrechtlich' etwas vorzuwerfen ist.

Dem fanzine "Rock Nord" ist angeblich nichts 'strafrechtlich Relevantes' vorzuwerfen - also kann gegen es auch nichts unternommen werden.

Dem "Dieter-Koch-Vertrieb" ist auch nichts 'strafrechtlich Relevantes' vorzuwerfen - also muss eine Demonstration wie die in Sprockhövel durch ein entsprechendes Bullenaufgebot vor der Öffentlichkeit als kriminelles Unternehmen diffamiert werden.

Es gibt angesichts dieser offenkundigen Haltung seitens des Staates nur einen logischen Schluß: Er hat ein klares Interesse, faschistische Strukturen zu schützen und die gegen diese



Dieter Koch vor seinem Vertriebsgebäude

vorgehenden AntifaschistInnen zu kriminalisieren und in der Öffentlichkeit zu diffamieren.

Daraus nun die Schlußfolgerung zu ziehen, dass AntifaschistInnen nun diesen Staat, der sowas macht, frontal anzugreifen hätten, ist allerdings eine fatale politische Orientierung, auch wenn sie oberflächlich naheliegt.

Vielmehr ist darauf zu orientieren, die Bevölkerung konkret gegen die Nazistrukturen zu mobilisieren und antifaschistisch in die Breite zu wirken. Das Beispiel Niedersprockhövel zeigt doch ganz klar, dass eine einmalige Demonstration von in erster Linie auswärtigen AntifaschistInnen kaum in der Lage ist, eine Veränderung zu erreichen (da nützt es auch wenig, dass immerhin die SPD-Vorsitzende aus Sprockhövel an der Demo teilnahm).

Auch ist zu überlegen, ob wir in Zukunft mit 100 angereisten Leuten uns nicht besser in mehrere größere mobile Gruppen aufteilen, die gezielt Gespräche mit den Menschen am Ort organisieren. So könnten eher Kontakte zu Interessierten entstehen, die dann den Aufbau eigener

antifaschistischer Strukturen am Ort voranbringen.

Warum stellen nicht bekannte Leute an den Orten der Vertriebe endlich auch massenhaft Strafanträge gegen die Drahtzieher? Deren führende Tätigkeit in den diversen Naziorganisationen von (ehemals) FAP und NF oder (heute) NPD und JN sind doch hinlänglich bekannt und öffentlich gemacht.

Nur wenn wir uns auf die noch vorhandenen und offiziell behaupteten demokratischen Grundlagen dieses Staates beziehen, sind wir in der Lage, auf diesem Gebiet in die Offensive zu gelangen.

Nur wenn wir es verstehen, in breiten Teilen der Bevölkerung Unterstützung und Akzeptanz zu finden, können wir den Einfluß der Faschisten zurückdrängen und der Faschisierung innerhalb des Staates(begrenzt) Einhalt gebieten.

Stephan W. Born (Antifaschistischer Bund Ruhrgebiet)

WEHRMACHT: VORBILD DER BUNDESWEHR?

(TEIL 4)

Eine Vorbemerkung aus
weltpolitischem Anlaß
Während der Bundeswehrr-
kandal munter weitergeht,
bietet der Bundeskanzler sei-
nen "amerikanischen Freun-
den" unverfroren deutsche
Hilfe bei der neuen "Operati-
on Wüstensturm" (diesmal
heißt sie "Wüstendonner")
gegen den Irak an. Die
Kohl/Kinkel-Regierung, de-
ren Macht mit derjenigen der
Clinton-Administration nicht
Schritt halten kann, bot den
US-Imperialisten Ausgangs-
basen für die Kriegsführung
vom deutschen Boden aus an.
Für die Bonner Koalition ist
es offenbar eine Kleinigkeit,
das deutsche Volk mal eben
so im Vorbeigehen an einem
Krieg zu beteiligen. Eigene
Soldaten für diesen Out-of-a-
rea-Einsatz anzubieten, ris-
kiert sie noch nicht - wir ha-
ben schließlich ein Wahl-
kampfsjahr, und da kann man
im Zinksarg nach Hause
transportierte Soldaten nicht
gebrauchen. Aber der deut-
sche Imperialismus will bei
der nachherigen Verteilung
der Beute nicht "vom Leben
bestraft" werden. Mit seiner
forschen Unterstützung der
USA zeigt er jedoch einmal
mehr, in welchem Sinne er ei-
ne eigene, leistungsstarke Ar-
mee braucht.
Daß es den Golfkrieg Nr. 3
noch nicht gibt, liegt wohl
daran, daß außer den Regie-
renden in den USA, Großbri-
tannien und Deutschland die
gesamte übrige Welt dagegen
ist.

War nicht seinerzeit der we-
gen seines "Fehlgriffs" in der
Kießling-Affäre untragbar
gewordene Bundeswehrmini-
ster Manfred Wörner zum
NATO-Generalsekretär be-
fördert worden, weil er be-
reits während des gegen einen
Verfall des Ölpreises betriebe-
nen Ölboykotts durch die ara-
bischen Staaten 1972 gegen
den Westen seine Eignung für
einen solchen Posten gezeigt
hatte, indem er sich für eine
"Verteidigung der vitalen In-
teressen des Westens" durch
NATO-Truppen am Persisch-
Arabischen Golf stark mach-
te? So als gehörten die Roh-
stoffquellen überall auf der
Welt - erst recht natürlich das
Erdöl - ganz selbstverständ-
lich "dem Westen"?
Während noch 1991 viele ins-
besondere junge Deutsche auf
den Krieg am Golf (im Unter-
schied zu dem auf dem Bal-
kan) entsetzt reagierten und
eine zahlenmäßig starke Frie-
dendemonstration in Bonn
auf die Beine stellten, ist es
hierzulande diesmal - im Un-
terschied zu den USA, wo sich
deutlich der Protest gegen
den Krieg in starken Demon-
strationen breitmacht und
Frau Albright selbst in ihrer
"Hochburg" Ohio, wo sie mit
einem "Heimspiel" gerechnet
hatte, als Lügnerin entlarvt -
wesentlich ruhiger. Ein Ge-
wöhnungseffekt? Jedenfalls
ein Faktum, das uns beunru-
higen muß, auch wenn der
"große Knall" noch einmal
abgewendet wurde.

**Der Bundeswehr-
Verteidigungs-Ausschuß**
Zur parlamentarischen Untersu-
chung der Vorgänge in der und
um die Bundeswehr hat man
vorgesorgt: Mit dem CSU-
Wehrexperthen und Nazi-Fan
Kurt Rossmann als Leiter
des parlamentarischen Untersu-
chungsausschusses ist vorpro-
grammiert, daß alles seinen
rechten Gang geht. Sein Idol,
der Gebirgsjärgergeneral **Edu-
ard Dietl**, hatte schon in den
Reihen des berühmten Frei-
korps unter dem Herausgeber
des *VÖLKISCHEN BEOBACH-
TERS*, **Franz Ritter von Epp**,
in den Jahren nach dem Ersten
Weltkrieg zunächst die Bayri-
sche Räterepublik zerschlagen
helfen (wobei man nicht nur
Leute wie den Anarchisten **Gu-
stav Landauer** "Spießbruten lau-
fen" ließ und umbrachte, son-
dern auch im Münchener Stadt-
teil Giesing ein Massaker an den
dortigen Kolping-Gesellen an-
richtete); später war Dietl unter
Epp gegen die Arbeiter im
Ruhrgebiet mit von der Partie -
bei den damaligen Massakern
noch ohne Notstandsgesetze,
aber mit SPD-Mann **Gustav
Noske**, dem "Bluthund" und als
Reichswehrminister Hauptver-
antwortlichen für die durch
Freikorps vorgenommene Er-
mordung der KPD-Gründungs-
mitglieder **Rosa Luxemburg**
und **Karl Liebknecht**, als Rück-
kenstütze. Schon damals hatte
er gezeigt, was in ihm steckte;
"entdeckt" wurde er von dem
neben Hitler in diesem Frei-
korps "dienenden" Ernst Röhm.
1940 befehligte Dietl die

Mannen, mit denen die Wehrmacht Norwegen überfiel und sogleich die Erzbahn vom schwedischen Kiruna zum Hafen Narvik für das Hitlerreich beschlagnahmte. Das also ist das Idol dessen, der heute dem parlamentarischen Bundeswehrverteidigungsausschuß vorsteht. Rossmaniths Partei hält die Einrichtung des Ausschusses selbst, den er jetzt mit Zustimmung durch die SPD leitet, für *"unnötig und schädlich"*. SPD-Wehrerxperte **Walter Kolbow** verzeiht ihm im Namen seiner Partei großzügig *"Fehler"*, die er mal gemacht habe (gemeint ist das Eintreten gegen die Abschaffung der Bezeichnung *"Dietl-Kaserne"*), und zeigt damit, daß auch die SPD einen solchen Ausschuß eigentlich für unnötig und schädlich hält.

Nur die Grünen wollen mehr als eine Einzelfallerörterung und -bewertung, nämlich die Struktur der Bundeswehr selbst auf den Prüfstand stellen, sind damit im Parlament aber hoffnungslos in der Minderheit; den Auftrag der Bundeswehr hinterfragen auch sie nicht. Denn sie bejahen ja die Notwendigkeit dieser Armee. Damit ist auch ihre Wehrexpertin **Angelika Beer** in die Schranken verwiesen. Die PDS darf nicht einmal daran teilnehmen, denn sie hat ja keinen Fraktionsstatus. Entsprechend dieser Konstellation werden die Ergebnisse sein.

Der Mörder **Manfred Roeder** ist als ständiger Gast dabei, wenn der Untersuchungsausschuß tagt und die von ihm Befragten gegen eine Preisgabe von brisanten Details absichert. Da alle Seiten vornehm darauf verzichten haben, ihn als Zeugen zu benennen, um ihm keine Möglichkeit zur Eigenwerbung zu geben, kann ihn auch niemand des Saales verweisen. Er

ist somit eine *"Unperson"* mit allen Vorteilen auf seiner Seite. **Warum hat man eigentlich vor einer Zeugenbefragung von Roeder solch eine Angst? Etwa darum, weil dann deutlich werden könnte, daß sich die von ihm vertretenen Ansichten von denen seiner Befrager allenfalls noch in ein paar, dem "mündigen Bürger", auf dessen Wahlstimme man spekuliert, nicht sonderlich auffallenden Details unterscheiden lassen?**

Nun, die bisherige *"Arbeit"* dieses Ausschusses hat folgerichtig auch nichts Weltbewegendes zustande gebracht, und das ist ja wohl auch ihr Zweck.

Was wunder, wenn Rüge vor diesem Ausschuß fast unwidersprochen seine Darlegungen vortragen konnte, die Bundeswehr sei im wesentlichen in Ordnung und nur durch linke Medien ins Gerede gebracht worden, es gebe da zwar ein paar Einzelfälle, diese aber dürfe man nicht (wie es die Bundeswehrbeauftragte des Parlaments, **Claire Marienfeld**, tue) überbewerten; zwar sei der Besuch von Roeder ein Skandal, aber der Lehrkörper der Bundeswehrführungsakademie nicht dafür verantwortlich, dort hätte man Roeder mit Sicherheit *"nach spätestens 10 Minuten"* erkannt und rausgeschmissen.

Der vor den Untersuchungsausschuß bestellte Oberstleutnant **Borwin Pahl**, der nicht zum Lehrkörper gehört, sondern dem organisatorischen Stab der Akademie vorsteht, soll nun bei der Erstellung der Referentenlisten *"nicht aufgepaßt"* haben. Vor dem Ausschuß gab dieser Offizier, der Roeder als Redner empfohlen haben soll, eine ziemlich jämmerliche Figur ab. Er vermißte eine klare politische Orientierung, an der sich auch

ein Offizier festhalten kann: *"Eine richtige Definition des Rechtsextremismus liegt eben nicht vor."* (Nun, kann man so etwas denn auch von Führungskräften erwarten, die angesichts der in der Bundeswehr durchgängigen Führer-Gefolgschafts-Struktur kaum in der Lage sein dürften, ihre eigene Haltung davon plausibel abzugrenzen?)

Seine Katzbuckelei (z.B. das Bekenntnis, er habe es *"als Gnade empfunden"*, daß sein Vorgesetzter sein Versehen zunächst vertuscht hatte - er habe ihm erklärt, über die Geschichte Gras wachsen lassen zu wollen - und ihm die Chance bot, die Scharte durch Mehrarbeit auszuwetzen) machte ihn für die Rolle als Bauernopfer besonders geeignet. Die *"Gnade der späten Geburt"* ist halt nur historisch besonders gebildeten Kanzlern vorbehalten. Eben dieser Vorgesetzte, der damalige Chef des Akademiestabes, **Norbert Schwarzer**, bestritt, überhaupt unterrichtet worden zu sein. Gegen Pahl wurde inzwischen ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Den Letzten beißen eben die Hunde...

Rühes Gewährsmann Schmidt

Der Altbundeskanzler und selbst mal Chef der Bundeswehr, **Helmut Schmidt**, wirft sich in der *ZEIT* für Rüge in die Bresche und wertet im selben Atemzug die in der Ausstellung *"Verbrechen der Wehrmacht"* dokumentierte Beteiligung von Wehrmachtsoldaten an Kriegsverbrechen als bloße *"Meinung von Linksextremisten"* ab, diese sei *"zwar nicht verboten, aber gefährlich"*.

Nicht eine wahrhafte Demokratie, sondern diese "wehrhafte Demokratie" zu verteidigen, müssen auch die Rekruten zu Beginn ihres

Kriegsdienstes feierlich geloben. Sobald sie das gelobt haben, gilt für sie das *"besondere Gewaltverhältnis"* nach den Soldatengesetzen, unter anderem *"eingeschränkte Meinungsfreiheit"*. Demokratische Proteste gegen das Gelöbnis richten sich genau dagegen.

Die Skandalkette reißt nicht ab...

Die Bundeswehr steht zwischen zwei Traditionserlassen, die sich auf die Wehrmacht beziehen. Im Traditionserlaß unter Minister **Kai Uwe von Hassel** 1965 (also unmittelbar vor Beginn der Großen Koalition) hatte es geheißen:

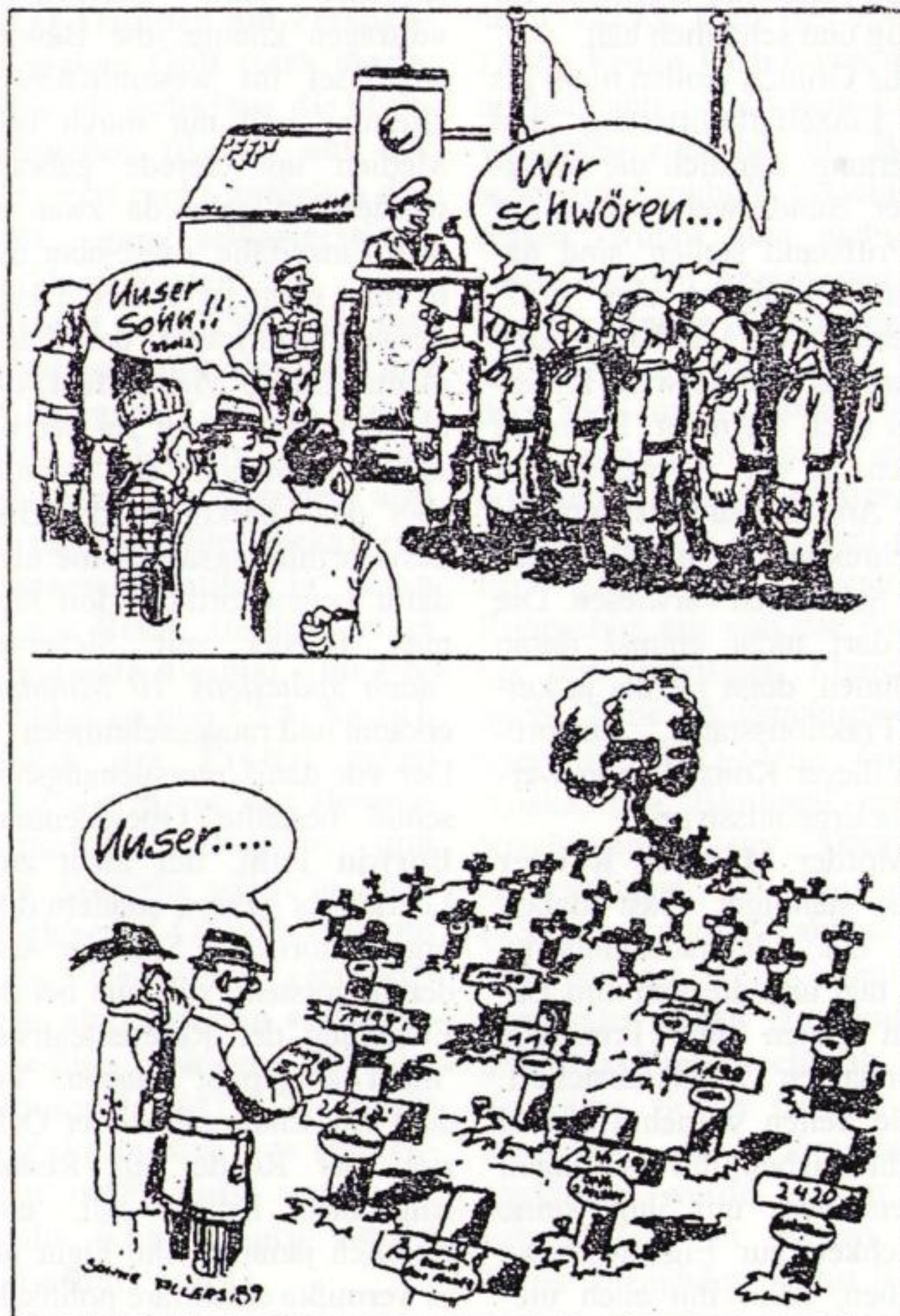
"Die deutsche Wehrgeschichte umfaßt in Frieden und Krieg zahllose soldatische Leistungen und menschliche Bewährungen, die überliefert zu werden verdienen." (Teil II, Ziffer 9)

Damit war die Tradition der Wehrmacht, von Kriegsverbrechen, die einzelnen Befehlshabern beim **Nürnberger Militärtribunal** angelastet worden waren, abgesehen, in die Bundeswehr einbezogen. Die Wehrmacht "insgesamt" war dort nicht als verbrecherische Organisation verurteilt worden. 1982, kurz bevor die SPD/FDP-Koalition abgelöst wurde, gab der damalige Bundeswehrminister **Hans Apel** jedoch einen anderen Traditionserlaß heraus, in dem es hieß:

"Die Geschichte deutscher Streitkräfte hat sich nicht ohne tiefe Einbrüche entwickelt. In den Nationalsozialismus waren Streitkräfte teils schuldhaft verwickelt, teils wurden sie schuldhaft mißbraucht. Ein Unrechtsregime, wie das Dritte Reich, kann Tradition nicht begründen." (Teil I, Ziffer 8)

Dieser Erlass, der bisher in der Praxis wenig bewirkt hat, gilt offiziell auch heute noch, auch wenn er etwa von stark rechtslastigen Autoren wie **Erich Schwinge**, eines Juristen, der bei der Verteidigung des Generalstabs und Oberkommandos der Wehrmacht vor dem Nürnberger Militärtribunal mitgewirkt hatte und später jahrelang als Verteidiger deutscher Kriegsgefangener vor französischen, englischen und italienischen Militärgerichten aufgetreten war, in dem Buch *"Bundeswehr und Wehrmacht. Zum Problem der Traditionswürdigkeit"* heftig befehdet wird. Für ihn steht fest, daß die **Bombardierung von Rotterdam, Coventry und Warschau** nicht als

Kriegsverbrechen betrachtet werden durfte, weil die **Bombardierung von Dresden** auch nicht vor dem Gericht verhandelt wurde. Mithin könnten solche Taten das Ansehen der Wehrmacht auch nicht belasten. Die Vorbemerkung zum Teil 3 unserer Serie begann mit dem Satz: *"Die Kette der Skandale um die Bundeswehr reißt nicht ab."* Wie auch die Wehrbeauftragte des Bundestages, **Claire Marienfeld**, in ihrem Bericht für das Jahr 1997 feststellen mußte, hat sich die **Anzahl der registrierten Delikte mit faschistischer Stoßrichtung und der daran beteiligten Soldaten innerhalb eines Jahres verdreifacht**: Bis November seien 126 Verdachtsfälle mit 161



beteiligten Soldaten aktenkundig geworden. In ihrem im März 1997 vorgelegten Bericht für 1996 hatte sie nur 44 Verdachtsfälle mit 56 mutmaßlichen Tätern aufgeführt. Wir können und wollen nun in dieser Artikelserie die lange Reihe all dieser "Verdachtsfälle" nicht aufzählen und im einzelnen bewerten. Auch die Frage einer *"gesteigerten Sensibilität unter den Offizieren"*, die zu größerer Meldebereitschaft bei "ungewöhnlichen" Vorfällen in der Bundeswehr führe, ist für uns nicht wesentlich. Mit einer solchen Begründung soll ja doch nur der alarmierende Anstieg verharmlost werden. Zugleich wird damit die Lüge in Umlauf gesetzt, die Offiziere seien demokratischer als die Mannschaften und hätten von daher das Recht, diese zu erziehen. In Wirklichkeit aber ist es ja wohl so, daß die meisten einfachen Soldaten den bei der Bundeswehr herrschenden Drill ablehnen und auch nur schwer von der Notwendigkeit eines "Verteidigungskrieges" oder der "friedenbringenden Maßnahmen der Krisenreaktionskräfte" zu überzeugen sind. Die Hoffnung, sich etwa beizeiten nach Schweden oder in die Schweiz absetzen zu können, ist jedoch trügerisch. Schon heute lagern die Entwürfe für ein neues Kriegsrecht in der Schublade des Bundesjustizministeriums - und wenn das erst einmal eingeführt ist, wird jeder, der zu desertieren sucht, an die Wand gestellt. Uns geht es bei Betrachtung von rechtsextremen Vorkommnissen in der Bundeswehr nicht nur um das gegenwärtige Bild der Bundeswehr, sondern um ihren von Beginn an vorprogrammierten Charakter.

Nicht unter diese "Verdachtsfälle" eingereiht war jedenfalls der

neue Skandal um die Bundeswehr: das als "humanitäre Hilfe" deklarierte Verschenken von zwei Bundeswehrlastkraftwagen 1996 an das von SS-Leuten ins Leben gerufene **"Kameradenwerk Korps Steiner"**, gegründet zu Ehren des Waffen-SS-Generals **Felix Steiner**, der beim Überfall auf die Sowjetunion 1941 die mit an der Spitze in Feindesland einfahrende **5. Panzergrenadierdivision "Wiking"** befehligte und von dessen Verwegenheit sich **Hitler** noch in den letzten Tagen seiner Herrschaft einen *"vernichtenden Befreiungsschlag"* gegen die Rote Armee, die bereits Berlin umzingelt hatte, erhoffte. Steiner jedoch orientierte sich damals an Weisungen seines unmittelbaren Vorgesetzten **Himmler**, der nach der Devise "die Ratten verlassen das sinkende Schiff" zu diesem Zeitpunkt seinen "Führer" bereits fallengelassen hatte. **Selbst in seiner Korrespondenz mit dem Bundeswehrmaterialamt benutzte dieses "Kameradenwerk" wie selbstverständlich einen Briefkopf mit dem Emblem der Division "Wiking" und den SS-Runen.** Das soll damals niemandem von den Herren Offizieren aufgefallen sein? Daß ich nicht lache!

Noch einmal: Das "Russisch-Deutsche Gemeinschaftswerk"

Als Paten eines künftig deutschen Nordostpreußen bemühen sich seit langem die Rödler um Roeder. Dieser erblickte bereits im Dezember 1992 (in einem in der Zeitschrift *RUSSLAND UND WIR* veröffentlichten Beitrag zu "Ostpreußen in Not") in der Auflösung der Kolchosen dort eine *"Jahrhundertchance"*:

"Wir haben uns drei Ziele gesteckt: Eine Genossenschaft gründen, die

Unterstützung der Regierung in Königsberg bekommen und ein Auffanglager für Rußlanddeutsche in Auftrag geben. Alles haben wir erreicht."

Als eine **Initiative Gesamtdeutschland** 1993 in Bonn eine Konferenz abhielt, war Roeder mit von der Partie. Er forderte eine *"Re-Germanisierung"* von Kaliningrad. In den Rundschreiben zu seinem Russisch-Deutschen Gemeinschaftswerk berichtete er von bereits erzielten Erfolgen in Pabbeln, Hildsheide und besonders in Gawaiten (heutiger Name Gawrilowo, früherer deutscher Name Herzogsrode, einen Namen, den er wohl aus taktischen Erwägungen nicht benutzte).

Inzwischen hat auch die russische Gebietsregierung von Kaliningrad begriffen, wem sie da auf den Leim gekrochen war, und Roeder 1996 das Betreten des Gebietes verboten. Da nutzte es ihm wenig, daß sich noch 1993 der Staatssekretär beim Bundesinnenministerium, **Horst Waffenschmidt**, mit der beschwichtigenden Beteuerung, es handle sich bei dem Ansiedlungsvorhaben von "Rußlanddeutschen" nicht um einen Siedlungsschwerpunkt der Bonner Regierung, sondern nur um ein *"Modellprojekt"*, in Kaliningrad für Roeders Projekt eingesetzt hatte.

Gegenüber anderen osteuropäischen Staaten, in denen es *"deutsche Volksgruppen"* gibt, verlangt die Bundesregierung seit Jahr und Tag im Namen eines *"Selbstbestimmungsrechts aller Deutschen"* autonome Siedlungsgebiete mit weitgehend autonomen Rechten für die von ihr erkorenen Schützlinge.

Bei der Unterzeichnung des Ersuchens seines

"Gemeinschafts"werkes an das Bundeswehrministerium um Unterstützung für seine Operationen im "Raum Königsberg" hatte sich Roeder (entgegen der Behauptung Rühes) nicht bedeckt gehalten, sondern persönlich unterzeichnet. Und die Herren von der Hardthöhe belieferten seine Organisation mit Fahrzeugen und Ausrüstungsmaterial, und dieses stellte Roeder dann auch noch in der Bundeswehrakademie in Hamburg eine Zeitlang unter, ehe er es nach Gawrilowo (in der Nähe der Rinder-Sowchose Jasnaja Poljana, des ehemaligen Gestüts Trakehnen) schaffte.

Jasnaja Poljana ist Wirkungsfeld des Faschisten **Dietmar Munier** aus Kiel, der seit einer Reise durch das Gebiet 1980 davon geträumt hatte, dort einmal tätig zu werden. Es gibt dort inzwischen eine nach der Blut- und Boden-Dichterin **Agnes Miegel** benannte Siedlung.

Unbekannte waren Roeder, Munier und Konsorten und ihr Treiben für die Bonner Herren mitnichten. Auch wenn Rühe erst so tat, als habe er von nichts gewußt, da seinem Hause die Roeder-Truppe vom Auswärtigen Amt (Inhaber: Klaus Kinkel) empfohlen worden sei. Letzteres hatte dafür sogar trotz Warnung seitens des deutschen Botschafters in Rußland ein *"dringendes Bundesinteresse"* geltend gemacht, war also bestens im Bilde, auch wenn sich Kinkel da ebenfalls heute herauswinden möchte. Nun, das Gespann Kinkel/Rühe hat ja auch sonst gut funktioniert.

Auch der Verfassungsschutz hatte Roeders "Gemeinschaftswerk" zwischendurch wieder aus dem Beobachtungsprogramm genommen, da dessen Rechtsextremismus nicht mehr

"signifikant" genug für die Herren Observanten war, und ihm wurde sogar (allerdings nicht von Dauer) der **Status der Gemeinnützigkeit** zuerkannt. Nun will das Amt Kanther das nachgerade nicht mehr wahrhaben und "überprüfen", mit anderen Worten: Zeit gewinnen, bis das öffentlich Interesse erlahmt.

Der Vortrag Roeders vor den Führungsoffizieren

Der Vortrag, den Roeder auf Einladung durch Oberst **Norbert Schwarzer**, Chef des Akademiestabes, am 24.01.1995 vor den Führungsoffizieren (es war für sie eine Pflichtvorlesung) hielt, paßt in den Rahmen. Kommandeur der Akademie war damals **Hartmut Olboeter**. Empfohlen worden sein soll Roeder durch den Oberstleutnant **Borwin Pahl**, der sich selbst wiederum auf einen reichen Hamburger Kaufmann namens **Rolf Vissing** berief, den er im März 1994 bei einem Treffen in der Führungsakademie kennengelernt hatte, ein Treffen, bei dem ehemalige Wehrmachtsoffiziere und ein SS-Mann mit von der Partie waren - möglicherweise auch jene Angehörige der Waffen-SS, deren eingangs erwähntem "Kameradenwerk" die Bundeswehr so "humanitär" geholfen hat.

Es war kein x-beliebiges Thema, zu dem Roeder sprach, sondern berührte eben den angesprochenen, für die Politik der Bundesregierung höchst neuralgischen Punkt: *"Die Umsiedlung der Rußlanddeutschen in den Raum Königsberg"*. Auch für die Bundeswehrakademiker war es offenbar ganz selbstverständlich, ohne Umschweife vom "Raum Königsberg" zu reden.

Wenn ein Manfred Roeder von "Regermanisierung" redet, so meint er das auch so

diejenigen, deren politischer Nachfahre er ist, sprachen vor über 50 Jahren von "Eindeutschung". Gemeint war damit eine Vertreibung von ansässiger Bevölkerung zugunsten einer, die dem damaligen Reich ergeben war. Dazu gehörten die etwa 60.000 Baltendeutschen, die nach Einbeziehung der baltischen Staaten in die Sowjetunion von dort heim ins Reich kehrten und auf Gehöften untergebracht wurden, von denen zuvor die polnischen Bewohner vertrieben worden waren. (Von den polnischen Behörden wurden sie nach dem Krieg nach Deutschland vertrieben, wo sie für die ihnen dabei abgenommenen Gehöfte Entschädigung erhielten, während auf diesen Gehöften wieder Polen angesiedelt wurden - diesmal überwiegend solche aus dem wieder in die Sowjetunion eingegliederten Teil Polens östlich der Curzon-Linie, den Sowjetrußland nach dem von Frankreich massiv unterstützten polnischen Eroberungsfeldzug im Frieden von Riga 1921 hatte abtreten müssen und der im Anschluß an den Hitlerschen Polenkrieg 1939 von der Roten Armee besetzt und im **Potsdamer Abkommen** 1945 als sowjetisches Territorium anerkannt worden war. Eine ähnliche Rolle hatte der Vortragende Roeder den "Rußlanddeutschen" zugeordnet. Und eben darum war sein Vortrag für seine Zuhörer ja auch "sachlich", denn diese Auffassung teilten sie - ganz selbstverständlich. Russen, die im "Raum Königsberg" wohnen, sind halt Fremdkörper, Menschen zweiter Klasse, die "Rußlanddeutschen" dagegen, die man hier im Lande nicht mehr gebrauchen kann, als neue Prellblöcke im Osten gerade recht.

Eine solche "aktive Bevölkerungspolitik" hat eben sehr viel mehr mit "ethnischer Säuberung" zu tun, als man in der Öffentlichkeit bekannt werden lassen möchte. So gesehen, könnte die Neuaufgliederung Jugoslawiens vielleicht nur ein Übungsbeispiel für sehr viel umfangreichere Neuaufgliederungen in Osteuropa sein. Die (von den liberalen Stiftern, auf die sich die FDP beruft, ersonnene "Apfelsinenscheiben-Politik" der Besatzungsmächte, wonach Jugoslawien entsprechend ethnischen Strukturen in Scheiben zerlegt, hier etwas weggenommen, da etwas zugelegt werden sollte, um so von außen besser beherrschbar zu sein, hat ihren Anteil an den blutigen völkischen Bereinigungen, die zu den Staaten Slovenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina geführt haben und anscheinend (siehe Kosovo) noch längst nicht am Ende sind.

Personalpolitik der Bundeswehr

Wir beschränken uns hier auf die Beobachtungen im Rahmen der Roeder-Affäre. Man sehe sich die Karrieren derjenigen an, die für Roeders zuvorkommende Behandlung durch die Bundeswehrführung hauptverant-

wortlich sind (lassen wir dabei Bauernopfer in Form von nachträglichen "Korrekturen", mit denen König Rühle, gestützt auf seine Dame Rossmann und seinen Springer Bagger, dem Schachmatt entgehen will, außer acht):

Der damalige Leiter der Akademie wurde zur Hardthöhe befördert und durfte dort das Personalwesen verwalten, bekam also den wichtigen Posten, Schlüsselpositionen in der Bundeswehr mit geeigneten Leuten zu besetzen.

Und derjenige, der Roeder eingeladen hatte: Oberst Norbert Schwarzer wurde zum Ausbilder der deutschen Truppen in Albanien befördert. Was Leute wie er tun, ist offenbar das, was Rühle als "bessere politische Schulung" in der Bundeswehr wünscht. Oder ist er etwa nicht für diese Postenvergabe verantwortlich?

Übrigens: Was tut die deutsche Truppe in Albanien? Die Öffentlichkeit erfährt erst jetzt so ganz nebenbei, daß es sie immer noch gibt. Ursprünglich sollte doch nur ein Kontingent der Bundeswehr angesichts eines albanischen Aufstands gegen das betrügerische Regime **Berisha** deutsche Staatsbürger davor

schützen, davon in Mitleidenschaft gezogen zu werden, und diese außer Landes befördern. Nun erfahren wir, daß sich diese Truppen dort offenbar auf längere Zeit hin häuslich niedergelassen haben.

Man bastelt halt immerfort an seiner eigenen Unentbehrlichkeit als Vorposten dort und leistet Schützenhilfe für die italienischen Truppen, die albanische Menschen davon abhalten wollen, das Land zu verlassen.

Auch hier geht es also um "ethnische Sauberkeit". Die bittere Armut im Lande kann und will man nicht beheben. Der Hinweis auf sie dient andernorts allerdings dazu, soziale Ansprüche von Arbeitenden oder Arbeitslosen abzuwehren. Teile und herrsche - das ist die Devise des Imperialismus, und diese Devise gilt auch hier.

Wie waren doch noch die Worte Kinkels, mit denen er den Weg zum weltweiten Kriegführen der Bundeswehr wies:

"Nach außen gilt es, etwas zu vollbringen, woran wir zweimal gescheitert sind: (...) zu einer Rolle zu finden, die unserem Potential entspricht." (FAZ, 19.03.93)

Wer sind denn wohl diese "wir", mit deren Potential er da erneut antreten will?

Generell kann man den alles andere als bundeswehrfeindlich gesonnenen Militärpfarrern denn auch nur beipflichten, daß hier der Geist des Nazismus geradezu erzeugt wird. Auch wenn Heeresinspektoren wie Willmann öffentlich das Gegenteil beteuern: Welche anderen Vorbilder für die Besetzung eines fremden Landes hat denn die Bundeswehr außer der Wehrmacht?

(Wird fortgesetzt.)



Eine Auflistung der DFG/VK über rechtsextreme Vorfälle bei der Bundeswehr seit etwa 1990

Ausländerfeindliche und neofaschistische Gewaltverbrechen werden von den Medien gern als Werk nichtzurechnungsfähiger Einzeltäter dargestellt.

Mindestens zehn Bundeswehrsoldaten haben im März 1997 in der Detmolder Innenstadt drei junge Ausländer überfallen. Sie trugen ihre Uniformen, waren mit Klappspaten und Messern bewaffnet und riefen dabei Parolen wie: *"Kanacken raus aus Deutschland!"* Bei der Durchsuchung der Wohnungen der Soldaten wurde Propagandamaterial der "Nationalistischen Front" und der DVU sichergestellt. Der Verteidigungsminister Rühe hatte dazu festgestellt, daß die Soldaten zuvor zwanzig Jahre von dieser Gesellschaft geprägt worden seien. Allerdings waren diese politisch rechtsorientierten jungen Männer in den Jahren zuvor nicht durch Gewalttätigkeiten aufgefallen. Zu Gewaltverbrechern wurden sie erst in der Bundeswehr.

Hier einige weitere Beispiele, die in den 90er Jahren öffentlich bekannt geworden sind:

- Ein Neonaziskinhead hatte einen Antifaschisten mit Stiefeltritten zunächst bewußtlos geschlagen und dann ins Flensburger Hafenbecken geworfen, wo er ertrank. Was ist dran an dieser Nachricht: Der "Antifaschist" war ein Nichtseßhafter, der zwar niemals politisch aktiv war, jedoch nach einem Streit über Ausländerpolitik zum Ausdruck brachte, daß er Hitler für einen Verbrecher hielt. Der "Neonaziskinhead" war ein Panzerkanonier der Bundeswehr.
- Bei dem Skinheadüberfall auf die Magdeburger "Elbterrassen" (Mai 1992) war ein 20jähriger Unteroffiziersanwärter maßgeblich beteiligt.
- Vier angetrunkene Marineoffiziere schleuderten einen Übungssprengsatz auf ein Ausländerheim in der Nähe ihrer Kieler Kaserne. Die Bundeswehr versuchte hinterher, dies als Dummejungenstreich von Jugendlichen zu entschuldigen. Der jüngste Täter war ein 26jähriger Fähnrich zur See. In dessen Begleitung waren drei Offiziere im Alter bis zu 36 Jahren.
- Im hessischen Rotenburg wurde ein junger Pole erstochen, sein Freund verletzt. Der Täter war ein Bundeswehrsoldat mit Springerstiefeln und Hakenkreuz auf dem T-Shirt.
- Bei dem Anschlag auf die Unterkunft für Asylbewerber in Rostock-Lichtenhagen war ein Matrose der Bundeswehr beteiligt.
- In Köln haben Soldaten einen ausländischen Mitbürger zusammengeschlagen und beraubt.
- In Allendorf war ein Soldat an einem Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylbewerber beteiligt.
- Zwei im bayrischen Wildflecken stationierte Zeitsoldaten waren an Anschlägen auf Asylbewerberheime beteiligt, bei dem Anschlag auf das "Wohnheim" in Bischofsheim wurden auch Schüsse auf die Ausländerunterkunft abgegeben.
- Ein Skinhead, der in Koblenz vor Gericht stand, weil er mitten in der Stadt einen Obdachlosen erschoss und sechs weitere Menschen schwer verletzt hat, sagte aus, daß er nach seiner Bundeswehrzeit in die rechte Szene abgedriftet sei und seitdem unter dem Zwang stehe, jemanden umzubringen, wie sich andere eine Zigarette anzünden.
- Einer der Mörder des ausländerfeindlichen Brandanschlags in Mölln sagte in seiner Gerichtsverhandlung aus, daß die Zeit bei der Bundeswehr die schönste in seinem Leben gewesen sei.
- Zwei Täter, die für den Brandanschlag in Solingen verantwortlich sind, hatten zum Zeitpunkt der Tat die Dienstzeit bei der Bundeswehr gerade beendet.
- Polizeifahnder entdeckten bei einem Unteroffizier in Nagold (Baden-Württemberg) 9 kg Schwarzpulver und 100 Schuß Munition aus Bundeswehrbeständen sowie rechtsradikales Propagandamaterial.
- Eine Gruppe Neonaziskinheads hat regelmäßig abends im Dorf Harpstedt bei Bremen *"Sieg Heil"* gerufen, Nazilieder geschmettert und Jugendliche verprügelt. Nachdem die Polizei gerufen wurde, stellte sich heraus: Es handelte sich ausnahmslos um Soldaten des Fallschirmpanzerabwehrbataillons 272 der Wittekindkaserne in Wildeshausen.
- In Brandenburg wurden 4 Soldaten festgenommen, weil sie *"Ausländer raus"* und *"Sieg Heil"* grölten.

- In einer Kaserne in Husum führte ein Soldat den "deutschen Gruß" wieder ein und rief dazu: "Heil Hitler!"
 - In Ellwangen erschien ein Soldat mit NSDAP-Abzeichen zum Dienst.
 - Auf einem Campingplatz bei Bad Freienwalde fand eine "Wehrsportübung" unter Leitung von Marco Löwe statt. Der Soldat war 1992 Spitzenkandidat der inzwischen verbotenen Nationalistischen Front und wollte seinen Kameraden seine Erkenntnisse aus der Bundeswehr vermitteln. Dafür verwendete er das Merkbüchlein der Bundeswehr, in dem Waffengattungen und ihre genaue Handhabung erklärt werden.
- (Aus: Siglinde Neber/Ralf Cüppers, Wer keine Nazis mag, darf die Bundeswehr nicht rechts liegen lassen, April 1997, c/o Jugendclub Courage in der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Postfach 1426, 24904 Flensburg)

Freunde und Helfer schützen modernes Sklaventum

Es gibt viele Möglichkeiten, sich Kapital anzueignen, eine davon ist Versklavung

Am Aschermittwoch um exakt 21.15 Uhr veranstaltete ein schwer bewaffnetes Sonderkommando der Polizei eine Razzia in diversen Gebäuden der Städte Iserlohn, Werdohl, Plettenberg und Meinerzhagen. Grund der Razzia war der Verdacht der illegalen Prostitution! 24 Frauen - aus den Ländern Polen, Rußland, Tschechien und Litauen - wurden in "Etablissements" und Bordellen zur Prostitution gezwungen. Die Frauen, die nach Angaben der Staatsanwaltschaft z.T. bis zu 7 Monate in einem Raum mit verdunkelten Fenstern leben mußten, wurden auf schreckliche und unmenschliche Art gequält. Grund dieser "Behandlung" war die Profitgier der Zuhälter.

Insgesamt wurden 22 Sklavenhalter festgenommen. Die Zuhälter (Albaner, Italiener, Türken und Deutsche - eine international operierende Bande) hatten sich die Armut, das soziale Gefälle in den "Heimatländern" der Betroffenen zunutze gemacht, um sich die Frauen zu kaufen!

Der Bericht ist eigentlich schon schrecklich genug, doch es kommt noch schlimmer: **Drei Polizisten (zwischen 35 und 44 Jahre alt) hatten die Bande unterstützt. Sie warnten die Zuhälter wiederholt vor anstehenden Razzien. Zum Ausgleich nahmen die Polizisten die "Dienstleistungen" der Zwangsprostituierten in Anspruch.** So half die Polizei den Verbrechern ganz nach dem Motto: "Ihr Freund und Helfer - die Polizei!"

Dieser Fall zeigt einmal mehr, daß "unsere" Polizei käuflich ist. Wer aber gewinnt an solchen Kooperationen?

Der 8. März ist der internationale Frauenkampftag. An Hand dieses Falles sollten wir alle Forderungen neu überdenken. Reicht es denn, wenn wir uns für die Gleichberechtigung der Frau, gegen Sexismus, Gewalt an Frauen und Mädchen und Patriarchat einsetzen? Das sind sicher wichtige Punkte, aber kann der Kampf dafür siegreich geführt werden, wenn wir nicht zugleich das kapitalistische Walten und Herrschen beseitigen? Der Kampf der Frauen und der fortschrittlichen Männer muß antikapitalistisch sein. Dies ist die wichtigste Prävention! Es läßt sich ja wohl nicht bestreiten,

"daß in der Entwicklung der Natur und der Gesellschaft dem Bewußtsein, d.h. dem, was in unseren Köpfen vor sich geht, eine entsprechende materielle Veränderung vorausgeht, d.h. etwas, das außer uns vor sich geht. Dieser oder jener materiellen Veränderung folgt früher oder später unvermeidlich die entsprechende ideelle Veränderung." (Wer sagte das doch gleich - na? Und wo steht es geschrieben? Wer das herausbekommt, kann ein kostenloses Jahresabonnement der AntifaZ gewinnen. So viel sei verraten: Es war ein - ziemlich umstrittener - Mann. Einsendeschluß Ende März.)

(Korrespondent aus dem Sauerland; leicht überarbeitet)

Gesundheitspolitik: **FORENSIK IN APLERBECK**

Auf der Flucht vor einer sozialpolitischen Aufgabe sucht die Ratsmehrheit ihr Heil im Baugesetzbuch

Die heftige Diskussion um eine Klinik für psychisch kranke Rechtsbrecher in Herten hat das Problem der forensischen Klinik in Eickelborn landesweit bekannt gemacht. Die dortige Klinik ist hoffnungslos überfüllt und kann ihren Anspruch auf Therapie als der besten Form des Opferschutzes kaum mehr gerecht werden. Doch die Angst vor Nachbarschaft mit den Tätern, die Angst vor Ausbrechern, die nicht geheilt sind, steht einem Klinik-Neubau entgegen. Auch in Dortmund. Politik und Verwaltung sowohl im zugehörigen Landschaftsverband als auch insbesondere in psychiatrisch erfahrenen Kommunen sind gefordert. Gefragt sind Handlungskonzepte, die sowohl im Sinne der betroffenen forensischen Patienten als auch der besorgten Bürger und Bürgerinnen liegen. Dieser schwierigen Aufgabe will sich jedoch die Dortmunder SPD-Politik entziehen. Sie nimmt stattdessen das Baugesetzbuch zur Hand.

Bürgern und Bürgerinnen soll mit einem **Ratsbeschluß vom 29. Januar** suggeriert werden, eine forensische Klinik auf dem Gelände des Westfälischen Zentrums für Psychiatrie in Aplerbeck könne sinnvoll mit

baurechtlichen Mitteln verhindert werden. Der Aufstellung eines **Bebauungsplans** für das Gelände des Landeskrankenhauses könne zur rechten Zeit eine **Veränderungssperre** folgen, die dann **neue Nutzungen und Baumaßnahmen ausschließt**. Die Grünen meinen, daß dies erstens ein Fehlschluß sein kann. Gravierender ist zweitens, daß die Sozial- und Gesundheitspolitik ihrer tatsächlich notwendigen Aufgabe in Dortmund nicht nachkommt. Die Ängste der Anwohner gegenüber einer solchen Einrichtung am Aplerbecker Standort sind nur die eine Seite, die bei der politischen Entscheidung bedacht und gewürdigt werden muß. Das Motto **"Nur nicht bei mir und vor meiner Haustüre, aber beim entfernteren Nachbarn hätte ich nichts dagegen"** ist in jedem Fall **unsozial - gegenüber den entfernteren Nachbarn wie auch gegenüber den Patienten, die, gerade weil sie Täter sind, Anspruch auf Therapie haben**.

Forensische Patienten sind psychisch kranke Rechtsbrecher. Sie sind **zuallererst kranke und behandlungsbedürftige Menschen**, welche im Zuge ihrer Erkrankung Recht gebrochen haben. Niemand kann die Augen davor verschließen - daß solcher Rechtsbruch auch sexueller Mißbrauch und Mord sein kann. Wer genauer hinsieht, erkennt aber auch, daß bei den bekannt werdenden Gewaltverbrechen überwiegend der Forensik völlig unbekannte Menschen die Täter waren. Schlimmer noch, daß häufig genug Täter aus dem nächsten Umfeld der betroffenen Opfer waren.

Psychische Erkrankungen gehörten schon immer zur menschlichen Gesellschaft.

Sicher sind die Inhalte und Ausprägungen anders geworden. Wer spürt nicht beim Stichwort Forensik Widerstand und Zurückhaltung? Geht es doch hier um Gerichtsmedizin, um Krankheit, die zum Verbrechen an Unschuldigen wird. Trotzdem und folgerichtig vertreten die Grünen die Auffassung, daß diese besondere Problematik, daß **die Krankheit der betroffenen Patienten in gesundheits- und sozialpolitisches Handeln integriert werden muß**. Sei es, um Heilung zu erreichen oder Schutz zu gewährleisten. Schutz vor dem Zugriff möglicher Täter ebenso wie den Schutz der Täter vor der Übermacht ihrer Krankheit.

Selbstverständlich gilt es auch, die Sorgen und Ängste der Menschen zu erkennen und zu berücksichtigen, die in der Umgebung von Kliniken mit gerichtsmedizinisch behandelten Patienten leben.

Wer potentielle Täter vor ihrem nächsten Verbrechen schützt, schützt auch ihre möglichen Opfer

Die **Psychiatrie-Enquete von 1975** ist die Basis für das, was heute im Bereich der psychiatrischen Versorgung angeboten wird: Wesentlich weniger Betten werden in den Großkliniken vorgehalten, Tendenz weiter abnehmend. Gemeindenahe ambulante sozialpsychiatrische Einrichtungen in Stadtteilen und Wohngebieten wurden ausgebaut. Das alles war in der Zeit der Umsetzung mit häufigen Widerständen des Umfeldes verbunden, ist aber durch eine offene und ehrliche Informationspolitik durchaus erfolgreich ausgegangen.

Tatsache jedoch ist, daß es im Bereich des **Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL)** versäumt wurde, die



Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau

SPRINGSTR. 2 AM HAUPTBAHNHOF
45657 RECKLINGHAUSEN
TEL.: 02361/13927

Täglich frisches Brot, Gemüse u. Milchprodukte
 Wurst und Fleischwaren aus der Bio- Metzgerei
 Ökologische Weine, Sekt und Säfte
 Naturkosmetik, Haar- und Körperpflegemittel
 Individuelle Beratung zur Vollwerternährung

Öffnungszeiten: Mo - Fr. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ u. 15⁰⁰ - 18³⁰ Uhr
 Sa. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ Uhr

forensische Psychiatrie mit ins Boot zu nehmen. Auch hier ist die Regionalisierung der Verantwortung für die Versorgung dringend geboten. Die Kommunen und die örtlichen Einrichtungen des LWL müssen auch die Verantwortung für forensische Patienten übernehmen.

Eickelborn kann jedenfalls nicht noch mehr forensische Patienten aufnehmen. Bereits heute versorgen die bestehenden Zentren für Psychiatrie des LWL ohne große Worte auf geschlossenen Stationen manchen forensischen Patienten, weil die Gesamtproblematik im Bereich des LWL nicht anders bewältigt werden kann. Nach Bestätigung von **Sozialdezernent Wolfgang Schäfer** handele es sich um durchschnittlich 14 bis 17 Patienten, die schon jetzt unter Vorliegen der notwendigen Sicherheitsvorkehrungen in Aplerbeck untergebracht sind. Diese seit Jahren bereits laufende Mitbehandlung forensischer Patienten betreffe nur solche Patienten, die der Unterbringung in einer spezialisierten

Maßregelvollzugseinrichtung nicht oder nicht mehr bedürfen, weil sie mit den Möglichkeiten eines allgemeinpsychiatrischen Krankenhauses ausreichend zu behandeln seien. Bereits bei der Aufnahmeentscheidung würden Gefährdungsrisiken nicht nur im Hinblick auf die Allgemeinheit, sondern insbesondere auch im Hinblick auf Mitpatienten und Personal sorgfältig geprüft. Sofern die geschlossene Unterbringung notwendig sei, erfolge die Lockerung und die Gewährung von Freizügigkeit schrittweise und jeweils unter sorgfältiger Abwägung des bisherigen Behandlungsverlaufs.

Bündnis 90/Die Grünen im Rathaus stellen die Sorgfalt und Fachlichkeit bei der Mitbehandlung forensischer Patienten im Rahmen der Allgemeinpsychiatrie in Aplerbeck nicht in Frage. Die gemeindenahe Behandlung bietet Erfolg mit Aussichten auf Rehabilitation und Resozialisierung. Die Bedingungen der Forensik erfordern dabei hohe Sicherheitsstandards und nicht nur ausreichendes, sondern auch speziell fachlich geschultes Personal. Das Prinzip wohnortnaher Betreuung erfordert, daß allen Patienten mit Herkunft aus der Region Dortmund auch hier Hilfe und Schutz gewährt werden kann.

Nur kleine dezentrale, **allgemeinpsychiatrisch integrierte Häuser zur Behandlung von**

70 bis 90 forensischen Patienten entsprechen den heutigen modernen Vorstellungen und Erfahrungen von **gemeindenaher Psychiatrie**. Warum sollte am Psychiatriestandort Dortmund-Aplerbeck das unmöglich sein, was im Bereich des **Landschaftsverbandes Rheinland (LVR)**, z.B. an den Psychiatrischen Kliniken **Düren, Viersen und Bedburg-Hau** bereits erfolgreich praktiziert wird? Dort bestehen kleine forensische Einrichtungen, um die sich die umliegende Wohnbevölkerung sicher nicht gerissen hat, aber an die man sich bei entsprechend qualifizierter Informationsarbeit offenbar gewöhnen konnte.

Bündnisgrüne wollen sozialpolitisch mit dazu beitragen, das landesweite Problem der Forensik zu lösen. Laut **Landessozialminister Horstmann** stehen zum weiteren Abbau von 4250 Psychiatriebetten - zugunsten sozialpsychiatrischer kleiner Wohnformen für psychisch kranke Menschen - 140 Millionen DM bereit. Auch dies wird dazu führen, daß ein forensisches Haus in Aplerbeck realisierbar und gewollt sein könnte. Die Stadtpolitik darf nicht den zweifelhaften Versuch machen, sich ins Baugesetzbuch zu retten. Sie ist gefordert, ihre sozial- und gesundheitspolitische Aufgabe wahrzunehmen und sich engagiert zu beteiligen an der genauen Abprüfung und Beurteilung einer Machbarkeit des Standortes Aplerbeck für eine forensische Klinik.

Birgit Unger

(Mit freundlicher Genehmigung der Autorin und der Redaktion des **BUNTSPRECHT** aus **BUNTSPRECHT**, Grün-alternatives Info-Magazin für Dortmund, Nr. 1/2, 1998)

ZU EINIGEN FRAGEN DER ANTIFASCHISTISCHEN BEWEGUNG

In letzter Zeit scheint das Bedürfnis nach Diskussion um Stand, Entwicklung, Probleme und Orientierung der "antifaschistischen Bewegung" wieder zu wachsen. Konkrete Erfahrungen wie der Aufmarsch von 5000 Faschisten in München gegen die Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" und das mit 2000 Polizisten durchgesetzte Verbot einer antifaschistischen Demonstration in Saalfeld (Thüringen) trugen nachhaltig dazu bei.

Doch schon die Bezeichnung "antifaschistische Bewegung" ist zu hinterfragen.

Inwieweit sind Bezeichnungen wie "unabhängige" Antifa, "autonome" Antifa, organisierte und nichtorganisierte oder "antikapitalistische" Antifa zutreffend? Gibt es eine eigene "antirassistische" Bewegung oder eine Bewegung "gegen den rechten Konsens"?

Was ist mit den "traditionellen" Antifa-Strukturen - ehemalige Bündnisse von VVN-BdA, DKP, Teilen der SPD, gewerkschaftlichen und kirchlichen Gruppen?

Im folgenden soll nicht auf die Geschichte des Antifaschismus eingegangen werden, obschon dies im Grunde notwendig wäre, um eine Diskussion auf fundierte Grundlagen zu stellen. Es wird jedoch in den einzelnen Überlegungen das eine und andere Mal auf historische Erfahrungsfragen - auch der jüngeren Geschichte - eingegangen.

Zum Stand der Dinge

Schon die einleitend erwähnten Ereignisse sind Hinweise darauf, dass antifaschistische Politik sich zur Zeit gesellschaftlich nicht in der Offensive befindet. Dass die NPD mit Unterstützung konservativer bürgerlich-demokratischer Kreise eine Massendemonstration wie die in München durchführen konnte und sich inzwischen anmaßt, von erwarteten zehntausend Demonstranten am 1. Mai in Leipzig zu sprechen, ist ein deutliches Zeichen für die tatsächliche Stärke des organisierten Faschismus in Deutschland.

Dies ist nur erklärbar auf dem Hintergrund einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, die von der De-facto-Abschaffung des Asylrechtes bis zu Verabschiedung des "großen Lauschangriffs" eine Kette staatlichen Abbaus demokratischer Rechte aufweist. Der 1989 vollzogene Anschluß der DDR an

die BRD und das entstandene neue "deutsche Reich" mit seinen imperialistischen Nachhol-Interessen bedeutete einen qualitativen Sprung in Richtung antidemokratischer Entwicklung, staatlicher Ausgrenzung und Repression und nationalistischer und völkischer Orientierung.

Der rechte Konsens der "Standortlogik", der quer durch die bürgerlichen Parteien von CDU bis zu Grünen und in die führenden Strukturen der PDS reicht, trägt wesentlich dazu bei, dass weder diese Entwicklung gestoppt wurde noch Ansätze antifaschistisch-demokratischer Gegenbewegung größeren Umfangs erreicht wurden.

Uns scheint daher notwendig, in der antifaschistischen Diskussion der kommenden Zeit die **Demokratie-Frage** stärker zu entwickeln.

Zum einen ist der Abbau demokratischer Rechte kein **Naturereignis**, zum anderen gibt es auch

keinen Automatismus im weiteren Abbau demokratischer Rechte.

Nur eins ist sicher: Die Entwicklung sozialer Widersprüche in der Gesellschaft wie auch die Expansionsinteressen der Herrschenden zwingen diese, mit dem Abbau demokratischer Rechte fortzufahren. Sie haben keinen Ermessensspielraum, und zwar nicht, weil sie alle "Rassisten" sind, sondern weil dies zur Absicherung der Profitmaximierung notwendig ist.

Von daher ist auch klar, dass nur eine politische Orientierung, die breite Teile der Bevölkerung in eine Bewegung zum Kampf gegen den weiteren Demokratieabbau einbezieht, dies verhindern und in bestimmten Bereichen eine Rückeroberung demokratischer Rechte erreichen kann.

Auf diesem Hintergrund gibt es in der augenblicklichen Diskussion um antifaschistische

Positionen einigen Handlungsbedarf:

Parolen wie *"Antifa heißt Angriff"* oder *"Die Nazis morden, der Staat schiebt ab - Das ist das gleiche Rassistenpack"* sind auf ihre Tragfähigkeit zu überprüfen.

Antifa heißt nur in einem Teilaspekt, der Frage der direkten Auseinandersetzung mit faschistischen Kräften, und auch hier nicht immer, Angriff.

Eine demokratische Gegenbewegung kann aus der Phase einer relativen Defensive in eine offensive Politik umschlagen, ein Beispiel einer solchen Entwicklung waren Kampagnen für das **Verbot der FAP** oder für **Nichtvergabe öffentlicher Räume und Plätze an faschistische Organisationen**.

Mängel dieser Orientierung bestanden zum einen darin, dass der qualitative Unterschied zwischen demokratischen (einschließlich der bürgerlich-demokratischen) und faschistischen Positionen nicht breit in der Bevölkerung verankert werden konnte. Es wäre notwendig gewesen (und ist weiterhin dringend geboten), eine langanhaltende Politik zu entwickeln, die das Verbot **aller** faschistischen Organisationen beinhaltet. Die Argumente für eine solche Forderung sind weitgehend genannt. Es soll hier nur daran erinnert werden, dass die meisten Forderungen von AntifaschistInnen wie *"Grenzen auf für alle"* oder *"Schluss mit den Abschiebungen"* **demokratische** Forderungen sind, die sich in gleicher Weise an den bürgerlich-demokratischen Staat richten wie die Forderung nach dem Verbot faschistischer Organisationen. Interessanterweise äußert in **diesem** Zusammenhang niemand, sie würden Illusionen in das Wesen des Staates verbreiten

helfen (Vielleicht wäre ja auch unter AntifaschistInnen mal eine wirklich fundierte Diskussion über das Wesen dieses Staates angesagt).

Doch den beschriebenen Mangel haben wir uns **alle** selber zuzuschreiben: Die Trennung in "Stiefelfaschistischen" und "Faschisten in Nadelstreifen" führte u.a. dazu, dass sich NPD, REPs und DVU jahrelang relativ unbehelligt betätigen konnten. Die hauptsächliche Orientierung auf die **militanten** Neonazis, teilweise sogar einzig gegen Skinheads, bewirkte auch eine politische Reduzierung auf die direkte Konfrontation mit Neonazis in Teilen antifaschistischer Strukturen.

Ein zweiter wichtiger Mangel:

Die vorhandene **politische** Orientierungslosigkeit wurde oft durch den **moralischen** Konsens des "Antirassismus" überdeckt. Von "Rassistenpack" zu sprechen, ist angesichts staatlicher MigrantInnen-Politik, Abschiebeknasten, faschistischen Mordtaten und alltäglichen gewaltsamen Überfällen auf alles "Fremde" zwar moralisch nachvollziehbar, es ist aber bedenklich, wenn moralische **Empörung** die politische Orientierung "gestaltet". Dies ist bei erwähnter Parole deutlich der Fall: Zum einen ist die Gleichsetzung Staat - Faschisten falsch (dieser bürgerlich-demokratische Staat ist nicht faschistisch!), zum anderen sind die alltäglichen rassistischen Äußerungen und Handlungen von Teilen der Bevölkerung nicht "gleich" rassistisch wie die staatlichen Verordnungen und die von der (noch) herrschenden Regierung erlassenen Gesetze. Dies führt u.a. dazu, dass kaum noch eine Trennung zwischen Freund und Feind möglich ist. Dies führt auch zu aberwitzigen Aktionen, bei

denen Antifas jemanden einzig wegen kurzer Haare, Juppie-Outfit oder wegen seines Autos jagen. Selbst das Demoleitungs-Auto in Lübeck (ein über zehn Jahre alter Daimler) wurde von einigen verächtlich als *"Bonzenschleuder"* bezeichnet. Es fällt schon schwer, diesen Leuten immer wieder ihre "ehrliche" moralische Empörung zugutezuhalten, ihren "Haß" gegen das kapitalistische Profitsystem. Mit dem gleichen Motiv wird auch das inzwischen bei einigen so beliebte "Eink(l)aufen" gerechtfertigt. Kritik daran gibt es wenig, dabei liegt doch auf der Hand, dass solche Aktionen in der Bevölkerung nur eins bewirken: das Bild von einer "kriminellen" und "gewaltbereiten" Antifa. Es muß einmal klar gesagt werden: Der Hass auf den Kapitalisten und seine Produkte wie Autos der "Nobelmarken" hat noch nichts mit antifaschistischen Motiven zu tun. Es wird von vielen gar nicht zur Kenntnis genommen, dass diese "Werte" nicht nur Produkte des Kapitals sind, sondern immer auch vergegenständlichte menschliche Arbeitskraft. Diese wird zwar unter Bedingungen von Entfremdung veräußert, aber es ist nicht zu leugnen, dass sich Arbeiter "beim Daimler" sehr wohl mit "ihren" Produkten identifizieren. Wer diesen Bewußtseinsstand des heutigen Arbeiters nicht berücksichtigt, wird kaum zur Überwindung der tiefen Kluft zwischen antifaschistischer und sozialer Aktion beitragen. Dies ist aber dringend geboten (dazu später mehr).

Ähnlich beim massenhaften Klau in Lidl-Märkten oder anderswo. Für den normalen Malocher, der sicher auch mal gern was mitgehen ließe, ist es einfach nicht nachvollziehbar, warum Antifa-Demonstrierende die

Chance der Anonymität in der Masse nutzen, um sich einzudecken, während er als einzelner sehr viel schneller gefaßt würde. Das empfindet er schlicht und einfach als schäbig.

Und noch eins: Auch Faschisten "hassen" die herrschende kapitalistische Ordnung, aber nicht, weil sie an ihre Stelle eine freie und menschenwürdige Gesellschaft setzen wollen, sondern aus dem einzigen Motiv, nicht selber aktiv an der Ausbeutung anderer beteiligt zu sein - was sie mit der Mehrzahl der Kleinbürger verbindet.

Wir denken, es ist an der Zeit, eine deutlichere Kritik an solchen Politikvorstellungen innerhalb der Antifa zu entwickeln.

Schritte in die richtige Richtung

Selbstverständlich gibt es viele und nach wie vor überwiegend positive Aspekte unserer Arbeit. Zuerst ist zu betonen, dass sich die antifaschistische Tätigkeit längst von einer **Einpunkt-Bewegung** ("Nazis raus") entfernt hat. Die meisten Strukturen zählen Aktionen gegen Abschiebknäste, Behördenwillkür gegenüber Asylsuchenden, Solidaritätsaktionen mit Flüchtlingen, Solidarität mit Befreiungsbewegungen, gegen staatliche und polizeiliche Unterdrückung mehr oder weniger zum Kern antifaschistischer Tätigkeit. Das ist gut so, doch auch auf diesen Feldern fehlt oft eine klare politisch-theoretische Orientierung. Wie schon erwähnt, reicht die moralische Empörung nicht aus, um breitere Wirkung in der Öffentlichkeit zu erzielen. Den Grundmangel dieser Politik - er durchzieht auch den gesamten Bereich des "Antirassismus" - haben wir schon des öfteren benannt: es wird keine gemeinsame Politik mit ausländischen

Menschen, sondern eine Politik **für** diese betrieben.

Auf diesem Hintergrund entpuppt sich der scheinbar so radikale Gestus des "Anti-Nationalen" als im Kern selber von nationaler Borniertheit geprägt. Ausländische Genossen sind hier - bisweilen - schon ein Stück weiter, wie die Teilnahme der kurdischen Organisation YEK-KOM an den Anti-Castor-Protesten während des diesjährigen kurdischen Newroz-Festes zeigen.

Wie borniert diese anti-nationale Haltung sich zeigen kann, war bei Versuchen während der Demo in Sprockhövel (siehe Bericht in dieser Ausgabe) zu vermerken: Einige Leute versuchten (ließen es dann aber), die Parole "*Hoch die internationale Solidarität*" durch "*Hoch die antinationale Solidarität*" zu ersetzen.

Zweifellos haben interne Diskussionen interessierter Kreise 'herausgefunden', dass man von "internationaler" Solidarität nicht sprechen dürfe, weil dies ja eine positive Haltung zur "Nation" beinhalte. Ob eine solche Diskussion nur (im positivsten Fall) Ausdruck "akademischer" Abgehobenheit ist, wissen wir nicht. Sie zeugt aber von tiefer Unkenntnis dessen, was bislang unter internationaler Solidarität verstanden wurde: Die gemeinsame Erkenntnis, dass die Unterdrückten in den Kernländern des Imperialismus und den von ihm abhängigen Ländern einen **gemeinsamen** Feind haben. "International" bedeutet also nicht etwa gemeinsame Interessen der "Nationen", sondern gemeinsamer Kampf der Unterdrückten über die Grenzen der jeweiligen Nation hinaus.

Das heißt konkret: Wir unterstützen beispielsweise den kurdischen oder zapatistischen

Befreiungskampf nicht deshalb, weil er so schön **bewaffnet** geführt wird, sondern weil er zur Schwächung "unseres" Imperialismus beiträgt.

Politisch Orientierung antifaschistischer Arbeit:

Internationalismus

Nach diesen Ausführungen stellt sich allerdings zu Recht die Frage, ob die **Inhalte** antifaschistischer Politik nun beliebig **ausgeweitet** werden sollten. Das wäre in der Tat nicht sinnvoll.

Es soll allerdings deutlich gemacht werden, dass wir AntifaschistInnen mit den in Deutschland lebenden MigrantInnen erst einmal **gemeinsame** Interessen herausarbeiten müssen, um gemeinsame Politik und Aktion entwickeln zu können.

Das gemeinsame Interesse besteht u.E. im Kampf um Erweiterung und gegen den Abbau demokratischer Rechte, und dabei ist es scheißegal, ob jemand deutsch, türkisch, kurdisch oder albanisch ist.

Das gemeinsame Interesse besteht auch im Kampf gegen **alle** faschistischen Organisationen in Deutschland, und in diesem Zusammenhang muß erneut auf das weitgehend ungehinderte Agieren der türkischen Faschisten von der MHP hingewiesen werden. Die deutschen AntifaschistInnen nehmen dies bisher so gut wie nicht zur Kenntnis - auch ein entscheidender Mangel, der einer Zusammenarbeit deutscher und ausländischer AntifaschistInnen bisher im Wege steht.

Zu weiteren Fragen, insbesondere zum Zusammenhang zwischen antifaschistischen und sozialen Kämpfen, mehr in der nächsten Ausgabe.

Stephan W. Born (Antifaschistischer Bund Ruhrgebiet)

KURZNACHRICHTEN

Rechte Gewalt 1997 gestiegen

Im vergangenen Jahr ist die Zahl rechter Gewalttaten in Deutschland erstmals seit 1992 wieder gestiegen. Es habe eine deutliche Erhöhung um etwa 10 % gegeben, sagte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Peter Frisch, auf n-tv. Auch die Zahl der Mitglieder rechtsextremer Gruppen sei um 5 bis 6 Prozent gewachsen.

(in: taz, 24.1.98)

Verfahren gegen Roeder eingeleitet

Die Staatsanwaltschaft Neubrandenburg hat ein Vorermittlungsverfahren gegen den Neonazi Manfred Roeder wegen Hochverrat oder Volksverhetzung eingeleitet. Es stehe im Zusammenhang mit seinem Auftreten auf dem NPD-Bundesparteitag Anfang Januar in Stavenhagen. Anlaß für die Aufnahme des Verfahrens sei eine Zeitungsmeldung gewesen, in der Roeder mit der Aussage zitiert wurde, dass die politischen Verhältnisse in Deutschland möglicherweise mit Gewaltanwendung geändert werden müßten.

(in: taz, 22.1.98)

Soldaten spielen Rechtsradikale

Immer mehr Wehrpflichtige täuschen nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins FOCUS eine rechtsradikale Gesinnung vor, um aus der Bundeswehr entlassen zu werden. Im Wehrbereich VII, der fast ganz Ostdeutschland umfaßt, gab es allein im Januar neun rechtsradikale Vorfälle. Generalmajor von Scotti sagte, in zwei Dritteln der Fälle hätten die Betroffenen selbst auf sich aufmerksam gemacht, indem sie beispielsweise Nazi-Devotionalien herumgezeigt hätten. "Manche gehen sogar zu ihren Vorgesetzten und fragen, was sie noch tun müssen, um rausgeworfen zu werden", sagte der Generalmajor.

(in: taz, 2.2.1998)

"Neujahrsempfang" der REP

Wieder ist es erst durch die Presse bekanntgeworden: 150 Anhänger - nicht nur aus Essen - haben am 7.2. an einem vom Kreisverband Essen der faschistischen REP organisierten "Neujahrsempfang" teilgenommen. Mit Gastreferentin und Shanty-Chor amüsierten sie sich im Gasthaus Margarethenhöhe, Eigentum der Margarethe-Krupp-Stiftung.

Während der Wirt behauptete, nicht gewußt zu haben, wen er sich dort ins Haus geholt hatte, widersprach REP-Kreisvorsitzender Wolfgang Frieb-Preis dem ausdrücklich. Nach seinen Angaben buchte er die Gaststätte im Dezember unter dem Namen "REP". Den Appell des

örtlichen Hotel- und Gaststättenverbandes, keine Veranstaltungen rechtsextremistischer Organisationen zu dulden, ignorierte er.

(in: Antifa-Nachrichten vom 5.3.98)

Marsch gegen Abschiebung

Ein "Friedensmarsch gegen Abschiebung und Folter" hat am 11.3. in Perl/Schengen begonnen und wird am 14.3. in Saarbrücken beendet werden. Neben einem Abschiebestopp für KurdInnen werden ein Stopp der deutschen Waffenlieferungen in die Türkei, eine Verhandlungslösung für Kurdistan unter Einziehung der PKK und die Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland gefordert.

(Paul Ganster, Tel: 06898/26852)

MIT EINER
SOLARANLAGE
SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LÄNGER



SWB
Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH
Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
Karl-Hermann-Str. 14
45701 Herten
Telefon 0 23 66 / 4 39 65

Heizungsanlagen
Sanitärinstallationen
Elektroinstallationen

Solaranlagen
Regenwassernutzung
Brennwertkessel

BUCHLADEN**TARANTA BABU**

• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
• SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •
• ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
• MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00

Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)

44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

ALLEN "KINDERN DER SONNE UND DES FEUERS" EIN FRIEDLICHES UND KRAFTVOLLES NEWROZFEST! NEWROZ PIROZ BE!

"Newroz" bedeutet "Neuer Tag", und das Datum dieses Tages, der 21. März, markiert seit alten Zeiten für die Kurden den Anfang des neuen Jahres und gleichzeitig den Tag der Befreiung von der Fremdherrschaft des assyrischen Herrschers und grausamen Unterdrückers Dehak durch den Schmied Kawa im Jahre 612. Zur Feier dieses Sieges, so sagt die Überlieferung, wurden überall auf den Bergen Freudenfeuer entzündet.

Auch heute noch ist Newroz das Symbol des Widerstands des Kurdischen Volkes gegen politische, soziale und kulturelle Unterdrückung und wird trotz aller Gegenmaßnahmen und Assimilierungsversuche des türkischen Staates in den Bergen und den Dörfern und Städten Kurdistans, in der Türkei und überall, wo es Kurden gibt, mit Feuern Fackelzügen, Musik und Tanz gefeiert.

In den vergangenen zwölf Monaten war zu beobachten, dass in der internationalen Öffentlichkeit die "kurdische Frage" aufmerksamer wahrgenommen wird und dass immer mehr Politiker und gesellschaftliche Gruppen eine politische Lösung des Problems fordern. Die Kurden selbst machen in ihrer politischen Entwicklung in



Richtung auf eine Einigung vieler verschiedener Gruppierungen ebenfalls große Fortschritte, von denen hier nur die Vorbereitungen zur Bildung eines Kurdischen Nationalkongresses erwähnt werden sollen. In Deutschland zeichnet sich insgesamt gesehen im Vergleich zu früheren Jahren eine Entspannung ab; gleichzeitig werden die Stimmen immer

zahlreicher, die eine Aufhebung des sogenannten PKK- Verbotes fordern. Wir hoffen, dass es in den kommenden Wochen viele, von Polizeimaßnahmen ungestörte, Newroz-Fackelzüge, Feste und Kundgebungen geben wird. Und wir hoffen, dass eine politische Lösung weiterhin näherrückt, so dass spätestens im neuen Jahrtausend alle Kurden ihr größtes Fest überall in Frieden und Freiheit feiern können!